



Zwischenbilanz

der Landesregierung Rheinland-Pfalz

2001–2003

- Die meisten Ganztagschulen
- Mobilität auf leistungsstarken Verkehrswegen
- Erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit
- Weltkulturerbe Mittelrheintal
- Spitzenreiter in Unternehmensfreundlichkeit
- Qualität in Forschung und Lehre
- Boom bei Stiftungsgründungen
- Moderne bürgernahe Verwaltung
- Schutz und Sicherheit
- Integration statt Ausgrenzung
- Nachhaltiger Umweltschutz
- Für das Land in Berlin und Brüssel
- Partner in aller Welt
- Im Miteinander der Generationen

RheinlandPfalz







Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1. Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Einführung	5
1.1. Schulpolitik	5
1.2. Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien	8
1.3. Wissenschaftspolitik	9
1.4. Kulturpolitik	10
2. Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Strukturentwicklung	
Einführung	15
2.1. Wirtschaft	15
2.2. Arbeit	18
2.3. Ausbildungsplätze und berufliche Bildung	20
2.4. Konversion	22
2.5. IT und Multimedia - aktive Medienpolitik	23
2.6. Energieversorgung	25
2.7. Verkehr und Straßenbau	25
2.8. Tourismus	28
2.9. Landwirtschaft und Weinbau	29
3. Soziales und Gesundheit	
Einführung	32
3.1. Familie fördern	33
3.2. Frauen und Gender-Mainstreaming	33
3.3. Gesundheit	34
3.4. Soziales	36
3.5. Bauen und Wohnen	37
4. Bürger und Staat	
Einführung	38
4.1. Innere Sicherheit	38
4.2. Bürgerschaftliches Engagement	39
4.3. Sport	40
4.4. Zuwanderung und Integration	41
4.5. Modernisierung der Justiz	42
4.6. Entlastung der Kommunen	43
4.7. Verwaltungsmodernisierung	44
5. Nachhaltige Entwicklung	
Einführung	45
5.1. Haushalt und Finanzen	45
5.2. Nachhaltiger Hochwasserschutz	48
5.3. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	49
5.4. Veterinärwesen und Verbraucherschutz	49
5.5. Landesforsten	49
5.6. Emissionshandel	50
5.7. Sicherheit im Umgang mit Chemikalien	50
5.8. Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich	51

6. Internationale Beziehungen	
Einführung	52
6.1. Interessenvertretung in Brüssel und Straßburg	52
6.2. Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittsländern	53
6.3. Bevollmächtigter für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit	53
6.4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	54
6.5. Partnerschaften	55
6.6. Internationale Projekte	57
7. Ausblick	58

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir machen unsere Politik transparent. Wir tun dies im Landtag, wo wir parlamentarisch kontrolliert werden. Wir tun dies aber auch ausdrücklich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, deren Beteiligung wir fördern wollen. Mit dieser Zielrichtung haben wir in der Regierungserklärung nach der Landtagswahl 2001 die Einladung ausgesprochen, „an der Arbeit für Rheinland-Pfalz tatkräftig mitzuwirken“. Wer ein Klima des Vertrauens schafft, braucht Neues nicht zu fürchten.

In der Mitte der Legislaturperiode können wir selbstbewusst auf eine erfolgreiche Halbjahresbilanz verweisen. Wir haben einiges bewegt. Seit der Wahl sind bedeutende Entscheidungen für unser Land getroffen worden. Verantwortung für Rheinland-Pfalz beweist sich als Mut zur Erneuerung und Veränderung, aber auch als Pflege und Weiterentwicklung des Bewährten. So wird zu Recht in den Medien die Landespolitik als „Hort der Stabilität“ bezeichnet.

Vieles, was schon nach kurzer Zeit selbstverständlich erscheint, ist neu geschaffen worden. Manches ist beispielhaft geworden für die anderen Länder und für die deutsche Politik insgesamt. Die Einrichtung von Ganztagschulen ist ein Beispiel.

Rheinland-Pfalz hat Spitzenplätze erreicht in Deutschland. Das wird hier dokumentiert. Im Standortwettbewerb der Länder haben wir in den vergangenen Jahren Plätze gut gemacht und immer wieder Spitzenplätze belegt. Das ist Antrieb für die Politik in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode.

„Vor uns liegen neue Herausforderungen, die tiefer gehen als die zahllosen Probleme, denen die Politik im Laufe der Jahre immer wieder begegnet, Herausforderungen, die uns allen neues Denken und Mut zu entschlossenem Handeln abverlangen werden.“

So steht es in der Regierungserklärung vom 21. Mai 2001. Das gilt auch für die nächsten Jahre und die künftige Arbeit. Im Standortwettbewerb der Länder wollen wir noch besser werden. Unser Land ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, es ist liebenswerte Heimat für über vier Mio. Menschen. Das soll auch in Zukunft so sein.

Kurt Beck, MdL, Ministerpräsident

Hans-Artur Bauckhage, MdL, stv. Ministerpräsident

1. Bildung, Wissenschaft und Kultur

In der modernen Wissensgesellschaft nimmt Bildung eine Schlüsselstellung ein. Ein leistungsfähiges Bildungs- und Weiterbildungswesen, das die verschiedenen Begabungen und Fähigkeiten frühzeitig erkennt, gezielt fördert und lebenslang weiterentwickelt, ist die Grundlage für eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Entwicklung unseres Gemeinwesens. Sie ist auch die Voraussetzung für die freie und verantwortliche Verwirklichung der Lebenschancen eines jeden Einzelnen. Das Wohl aller und die Lebensperspektiven der einzelnen Bürgerinnen und Bürger hängen somit entscheidend von der Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernen und einem leistungsstarken Bildungswesen ab.

Dabei stützen wir uns auf verlässliche Partner in den Kirchen, Verbänden und Vereinen, in der Wirtschaft und bei den Gewerkschaften. Dazu tragen die Lehrerinnen und Lehrer ebenso bei wie engagierte Eltern.

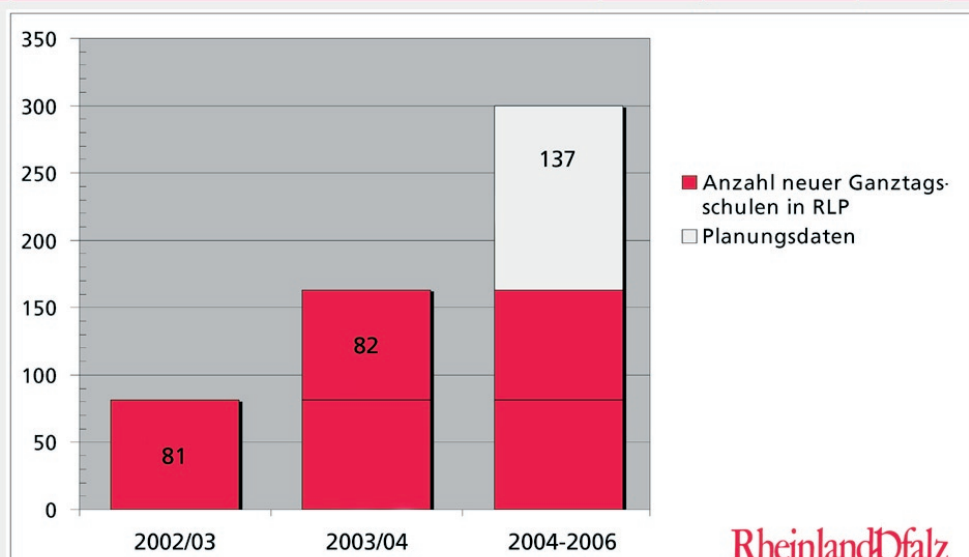
Die Landesregierung hat diese Schlüsselstellung der Bildung frühzeitig erkannt, und sie hat der Bildungs- und Wissenschaftspolitik auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage stets Vorrang eingeräumt.

1.1. Schulpolitik

Ganztagsschule

Mit der Einrichtung von 300 Schulen als Ganztagschulen bis zum Jahr 2006 hat das Land Rheinland-Pfalz bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Das Konzept der Ganztagschulen als freiwilliges Angebot hat eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler zum Ziel, ist aber auch eine angemessene Antwort auf Erfordernisse im Zusammenhang mit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für die personelle Ausstattung der neuen Ganztagschulen sind schrittweise aufbauend bis zu 60 Mio. Euro jährlich vorgesehen.

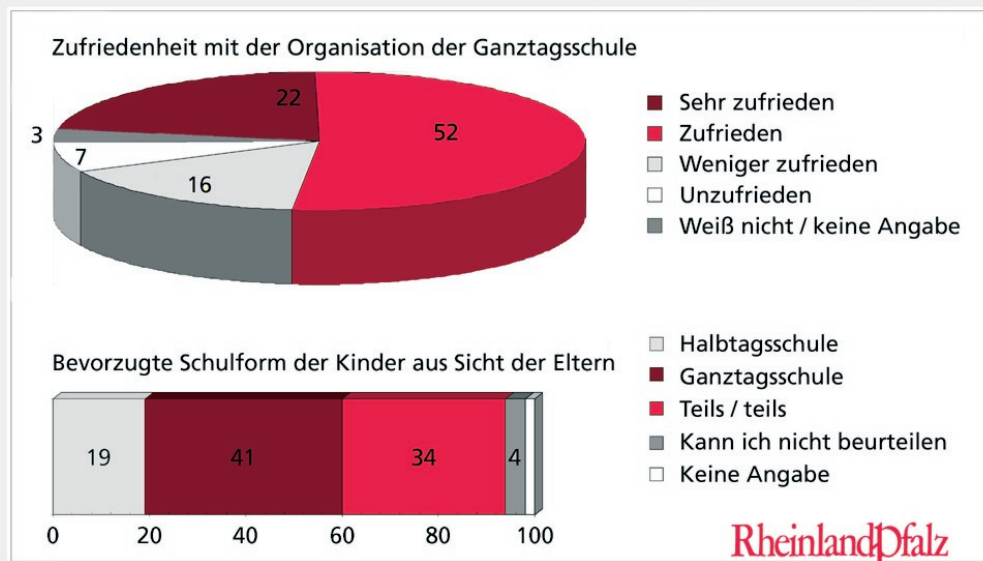
Entwicklung des Angebots an Ganztagschulen



Quelle: Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, Rheinland-Pfalz

Mit dem Schuljahr 2003/2004 sind bereits 163 neue Ganztagschulen tätig. Mehr als 15.100 Schülerinnen und Schüler nehmen das Angebot wahr. Für das Schuljahr 2004/2005 liegen 102 Anträge vor. In geradezu idealer Weise ergänzt und unterstützt wird das 2001 gestartete Landesprogramm durch das 2003 aufgelegte 4-Milliarden-Programm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung 2003 – 2007“, aus dem Rheinland-Pfalz insgesamt 198 Mio. Euro zur Förderung von Investitionen in Ganztagschulen erhält.

Zufriedenheit der Eltern mit der Ganztagschule



Quelle: polis, Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung, München

Unterrichtsversorgung

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau bleibt zentrale Aufgabe der Schulpolitik. Durch ein Bündel von Maßnahmen, zu denen u. a. die Öffnung des Schuldienstes für Quer- und Seiteneinsteiger und die Übernahme der auf $\frac{3}{4}$ -Stellen eingestellten Lehrkräfte auf volle Beamtenstellen zählt, ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Unterrichtsversorgung in fast allen Schularten deutlich zu verbessern. Mit dem neu in dieser Legislaturperiode gestarteten Projekt „Erweiterte Selbständigkeit“ sind die Weichen dafür gestellt worden, dass kurzfristige Unterrichtsausfälle in den weiterführenden Schulen durch die Bildung schul-eigener Vertretungspools besser bewältigt werden können.

Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen

Um das System der Begabtenförderung konsequent weiter auszubauen, wurde mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 am Heinrich-Heine-Gymnasium in Kaiserslautern eine Schule für Hochbegabtenförderung/Internationale Schule eingerichtet. In Mainz ist die Einrichtung einer solchen Schule am Gymnasium Gonsenheim zum Schuljahr 2004/2005 vorgesehen, in Trier läuft die erste Planungsphase. Vierter Standort einer Schule für Hochbegabtenförderung/Internationalen Schule soll Koblenz werden. Hiermit betritt Rheinland-Pfalz Neuland mit einem System der Begabtenförderung, das weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung findet.

Die neue Lehrerausbildung

Am 8. April 2003 hat der Ministerrat die Eckpunkte zur Reform der Lehrerbildung beschlossen. Damit soll mehr Professionalität in der Lehrerbildung auf der gesicherten Grundlage einer auch weiterhin hervorragenden fachwissenschaftlichen Qualifikation erreicht werden. Auch zielt die Reform auf mehr Flexibilität im Studium und auf eine Verkürzung der Gesamtausbildungsdauer.

Die Kernelemente des Reform-Konzeptes sind u.a.:

- ein duales Studien- und Ausbildungskonzept mit früher „Verzahnung“ zwischen wissenschaftlichem Studium und schulpraktischer Ausbildung durch intensive Kooperation von Universitäten, Studienseminaren und Schulen.
- eine deutliche Ausweitung der Bildungswissenschaften (bisher Erziehungswissenschaft), womit insbesondere die aus den internationalen Vergleichsstudien (PISA) ableitbaren Konsequenzen aufgegriffen werden.
- eine deutliche Verstärkung der Fachdidaktiken, um die Brücke zwischen den reinen Fachwissenschaften und den für die schulische Tätigkeit relevanten Fähigkeiten zu verstärken.
- Das bisherige verbundene Lehramt an Grund- und Hauptschulen wird getrennt, um somit den schulartspezifischen Herausforderungen beider Schularten den erforderlichen Stellenwert auch in der Lehrerausbildung zu geben.

Das Reformpaket zur Lehrerausbildung wird ab dem Sommersemester 2004 in drei Stufen umgesetzt. Ab 2008 soll flächendeckend nach dem neuen Lehrerausbildungskonzept gearbeitet werden.

Mehr Selbständigkeit für Schulen

Mit der Neufassung des Schulgesetzes soll das schulische Bildungssystem in Rheinland-Pfalz auch rechtlich „fit für die Zukunft“ gemacht werden. Die neuen Regelungen geben den Schulen mehr Selbständigkeit für die Schulentwicklung. Im Interesse einer möglichst frühen schulischen individuellen Förderung der Kinder ist eine Flexibilisierung bei den Einschulungsregelungen vorgesehen. Zudem soll das neue Schulgesetz bereits in der Praxis erfolgreich erprobte Reformen, so das Qualitätsmanagement in Schulen verankern und zugleich den Rahmen für die beabsichtigte Reform der Berufsbildenden Schulen bilden. Das neue Schulgesetz soll zum 1. August 2004 in Kraft treten.

Reform des berufsbildenden Schulwesens

Die Reform des Systems Berufsbildender Schulen (BBS) hat das Ziel, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen über ein differenziertes und in den jeweiligen Bildungsgängen und Schulformen abgestimmtes System die bestmöglichen persönlichen und beruflichen Bildungs- und Entwicklungschancen zu bieten. Sie stärkt die Attraktivität der beruflichen Bildung, in deren Zentrum weiter die Berufsschule in Teilzeitform als Partner der dualen Ausbildung der Betriebe steht. Mit neuen Möglichkeiten, die Fachhochschulreife sowie die fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife zu erreichen, erhalten qualifizierte junge Menschen die Möglichkeit sowohl der ausbildungsbegleitenden als auch der berufsbegleitenden Höherqualifizierung. Damit wird die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung gestärkt.

Lebenslanges Lernen als Bildungskonzept der Zukunft

Weiterbildung im Kontext des lebenslangen Lernens ist Voraussetzung dafür, dass die Menschen ihre persönliche, berufliche und gesellschaftliche Entwicklung zukunftsfähig gestalten können. Rund 875.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzen die über das Weiterbildungsgesetz geförderten Maßnahmen in jedem Jahr. Etwa 1.000 Migrantinnen und Migranten pro Jahr erlernen so die deutsche Sprache und nehmen damit den eigenen Integrationsprozess aktiv in die Hand.

1.2. Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien

Die Bildungschancen für junge Menschen werden schon in den Jahren vor der Schule mitgeprägt. Eine umfassende und qualifizierte Betreuung und Förderung von Kleinkindern hilft deshalb nicht nur den Kindern selbst und ihren Eltern; sie liegt vielmehr im Interesse aller.

Rheinland-Pfalz nimmt seit langem eine Spitzenstellung bei der Betreuung und Förderung von Kleinkindern ein. Als erstes westliches Bundesland hat Rheinland-Pfalz den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt. Mit dem ressortübergreifenden Programm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ hat diese langfristige Ausrichtung der Landespolitik an Kindern und Jugendlichen und ihren Familien auch in der 14. Legislaturperiode eine stetige Fortschreibung erfahren.

Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Kindertagesstätten

Um die Spitzenstellung des Landes Rheinland-Pfalz in der Kinderbetreuung bei den Drei- bis Sechsjährigen auszubauen und zu festigen, hat die Landesregierung ein Anreizsystem zur Einrichtung zusätzlicher Ganztagsplätze sowie für den Ausbau von Krippen- und Hortplätzen geschaffen. Gleichzeitig erfolgte eine Absenkung des Anteils der freien Träger an den Personalkosten, damit diese dauerhaft in der Lage sind, ihre Einrichtungen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten

Die Landesregierung hat die Arbeit in Kindertagesstätten gezielt weiterentwickelt und den Bildungsauftrag konkretisiert. In einem bundesweit einmaligen Kooperationsprozess mit Trägern und Eltern wurden Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten erarbeitet. Bildungs- und Lerndokumentationen sollen Erzieherinnen und Erziehern helfen, individuelle Stärken, aber auch Schwierigkeiten der Kinder besser zu beobachten und entsprechend zu fördern sowie die eigene Arbeit und deren Erfolge intensiv reflektieren zu können. Der im Juli 2003 vorgelegte Entwurf soll durch Rückmeldungen aus der Praxis ergänzt werden. Die Umsetzung der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen wird durch Fortbildungen und einer Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung begleitet.

Deutsch lernen!

Kinder von Zuwanderern sind besonderes von Bildungsbenachteiligungen betroffen. Wie die PISA-Studie belegt, stellt die mangelhafte Sprachkompetenz die entscheidende Hürde in der Bildungskarriere dieser Kinder dar. Die Landesregierung hat daher neben der Förderung von rund 230 zusätzlichen Erziehungskräften zur Integration ausländischer Kinder 100.000 Euro im Jahr 2002 und 150.000 Euro im Jahr 2003 für zusätzliche Angebote zur Sprachförderung von Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache eingesetzt. Bisher wurden damit landesweit 214 zusätzliche Sprachförderungsmaßnahmen in Kindertagesstätten unmittelbar vor der Einschulung eingerichtet. Im Jahr 2004 ist eine Aufstockung des Programms auf 200.000 Euro vorgesehen.

Partizipation als zentrales kinder- und jugendpolitisches Anliegen

Um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Geschehen und am politischen Prozess weiter zu verbessern, hat die Landesregierung im Jahr 2003 die „Kommunikationsoffensive Jugend“ gestartet. Demselben Ziel dient auch ein Qualifizierungsprogramm für pädagogische Fachkräfte. Ein „Netzwerk Partizipation“ mit acht Regionalgruppen wurde gebildet. Seit 2002 wurden jährlich Workshops durchgeführt. 80 junge Frauen und Männer haben seit 2001 an Praxisseminaren für kommunale Jugendvertretungen teilgenommen.

Umweltbildung

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ führt die Landesregierung die Einrichtung naturnaher Spiel- und Erlebnisräume für Kinder und Jugendliche als Teil einer zukunftsorientierten Umwelt- und Kommunalpolitik nach dem Leitbild der Agenda 21 konsequent fort. Bis heute befinden sich mehr als 200 Projekte in Rheinland-Pfalz in der Realisierung.

1.3. Wissenschaftspolitik

Eines der modernsten Hochschulgesetze in Deutschland

Zum Wintersemester 2003/2004 ist das neue Hochschulgesetz in Kraft getreten. Damit hat Rheinland-Pfalz eines der modernsten und innovativsten Hochschulgesetze in ganz Deutschland. Das neue Gesetz bündelt das bislang geltende Fachhochschulgesetz und das Universitätsgesetz zu einem Gesetz und vollzieht Änderungen des Hochschulrahmenrechts. Mit dem neuen Gesetz werden Gremien- und Leitungsstrukturen modernisiert und Aufgaben an die Hochschulen delegiert. Durch umfassende Deregulierung und die Einführung von Globalstatt Detailsteuerung in vielen Bereichen wird die Autonomie der Hochschulen deutlich gestärkt. Eine bedeutsame Neuerung ist die Bildung eines neuen Leitungsgremiums, des Hochschulrats. Durch ihn wird externer Sachverstand an die Hochschulen geholt und in wesentliche Entscheidungsprozesse eingebunden.

In dem Hochschulgesetz findet auch das Studienkonten-Modell zur Gewährleistung der grundsätzlichen Gebührenfreiheit für das Erststudium seine gesetzliche Verankerung. Studierende erhalten ein großzügiges Guthaben an Semesterwochenstunden, mit dem sie je nach der persönlichen Lebensplanung zügig studieren oder z. B. bei Aufgaben in der Familie oder bei der Kinderbetreuung kostenlos auch längere Zeit studieren können, so lange das Guthaben reicht. Danach werden Gebühren fällig. Wer innerhalb der Regelstudienzeit plus einem Semester seinen Abschluss erwirbt, kann das Restguthaben für kostenlose Weiterbildung verwenden. Das System wird von einigen anderen Ländern übernommen. Schließlich ermöglicht das Hochschulgesetz die Einführung der Juniorprofessur. Somit können junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler - wie international üblich - bereits mit Anfang 30 selbstständig und unabhängig lehren und forschen.

Ausbau der Forschungslandschaft

Die Forschungslandschaft an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten wurde weiter ausgebaut. Es wurden eine Reihe von Kompetenzzentren eingerichtet. Diese bündeln exzellente Forschungskern in den Fächern zu interdisziplinären und übergreifenden Schwerpunkten, die sich modernen Forschungsthemen, wie z. B. der Nanotechnologie, widmen.

Zu Beginn des Jahres 2001 wurden zwei Forschungsinstitute des Landes in Kaiserslautern, das Institut für Experimentelles Software-Engineering und das Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik, in die Fraunhofer-Gesellschaft aufgenommen. Dies stellt einen erheblichen Erfolg dar, da das Land bislang keine Institute in der Fraunhofer-Gesellschaft besaß. Derzeit wird zusammen mit der Fraunhofer-Gesellschaft ein Neubau für das Institut für Experimentelles Software-Engineering in Kaiserslautern vorbereitet, an dem sich das Land zur Hälfte beteiligen wird.

Die Qualitätssicherung in Forschung und Lehre konnte erheblich vorangetrieben werden. Im Zuge einer größeren Autonomie müssen Hochschulen zunehmend mehr Verantwortung für die eigene Tätigkeit übernehmen. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen haben zusammen mit einigen Hochschulen anderer Länder eine Evaluationsagentur gegründet. Diese Agentur wird in regelmäßigen Abständen in einzelnen Fächern eine Qualitätsüberprüfung durch auswärtige Sachverständige durchführen. Sie werden damit dem neuen Auftrag des Hochschulgesetzes gerecht, das eine regelmäßige Bewertung der Arbeit der Hochschulen in Forschung und Lehre vorsieht. Ferner haben die rheinland-pfälzischen Hochschulen zusammen mit Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen eine Akkreditierungsagentur gegründet, die die Bachelor-/Master-Studiengänge vor der Studienaufnahme nach Qualitätsgesichtspunkten untersucht. Auch hier gewährleistet das Land die Rahmenbedingungen, insbesondere durch eine anteilsgemäße Anfinanzierung dieser Agenturen.

Weitere Impulse für die Hochschulen des Landes

Im Fachhochschulbereich sollen auf breiter Front duale Studiengänge in Kooperation mit der Wirtschaft eingeführt werden - ein weiteres herausragendes Reformziel des neuen Hochschulgesetzes. Dies soll den Praxisbezug des Studiums erhöhen und eine bedarfsgerechte Ausbildung gewährleisten. Dazu wird eine Landeskommission eingerichtet, die mit staatlichen und unternehmerischen Mitgliedern paritätisch besetzt ist und der gewerkschaftliche und studentische Mitglieder angehören. Sie soll über neue duale Studiengänge beraten.

Durch eine Weiterentwicklung des Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz soll eine breite Basis für das eLearning im Hochschulbereich geschaffen werden.

1.4. Kulturpolitik

Rheinland-Pfalz ist ein stolzes Kulturland. Die Landesregierung wahrt nicht nur seine Traditionen, Erfahrungen und kulturellen Identitäten, sondern fördert auch neue Ausdrucksformen und Inhalte unseres Zusammenlebens. Kultur verbindet Menschen, gerade auch in schwierigen Umbruchsituationen. Sie ist eng verwoben mit Bildung und Wissenschaft und bezieht immer wieder neue Impulse aus der Identität und der Schaffenskraft der Menschen in Rheinland-Pfalz. Sie ist vor allem aber auch Ausdruck von Genuss, Erkenntnis, Freude am Leben und Symbol der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Darüber hinaus leistet die Kultur einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration unserer Bürgerinnen und Bürger in Staat und Gesellschaft. Sei es auf dem Feld der Musik, der Literatur, der Bildenden Künste oder des Theaters, stets hilft die Kultur, das Geschichtsbewusstsein zu schärfen, den Umgang mit Werten und Traditionen zu vertiefen und so das Verhältnis der Menschen zueinander bewusster und verantwortungsvoller zu gestalten

Die Kulturpolitik des Landes hat diesen vielfältigen Aufgaben auch in den letzten Jahren konsequent Rechnung getragen und systematisch die Grundlagen einer breit verankerten „Kultur für alle“ ausgestaltet.



St. Goarshausen mit Burg Katz

Mittelrheintal ist Weltkulturerbe

Wir sind stolz darauf, dass das Obere Mittelrheintal von Bingen und Rüdesheim bis Koblenz vom Welterbekomitee der UNESCO im Juni 2002 in die Liste des Welterbes aufgenommen wurde. Die Landesregierung hat zahlreiche Initiativen zur touristischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Mittelrheintals auf den Weg gebracht und insbesondere der Verringerung des Schienenverkehrslärms Aufmerksamkeit geschenkt.

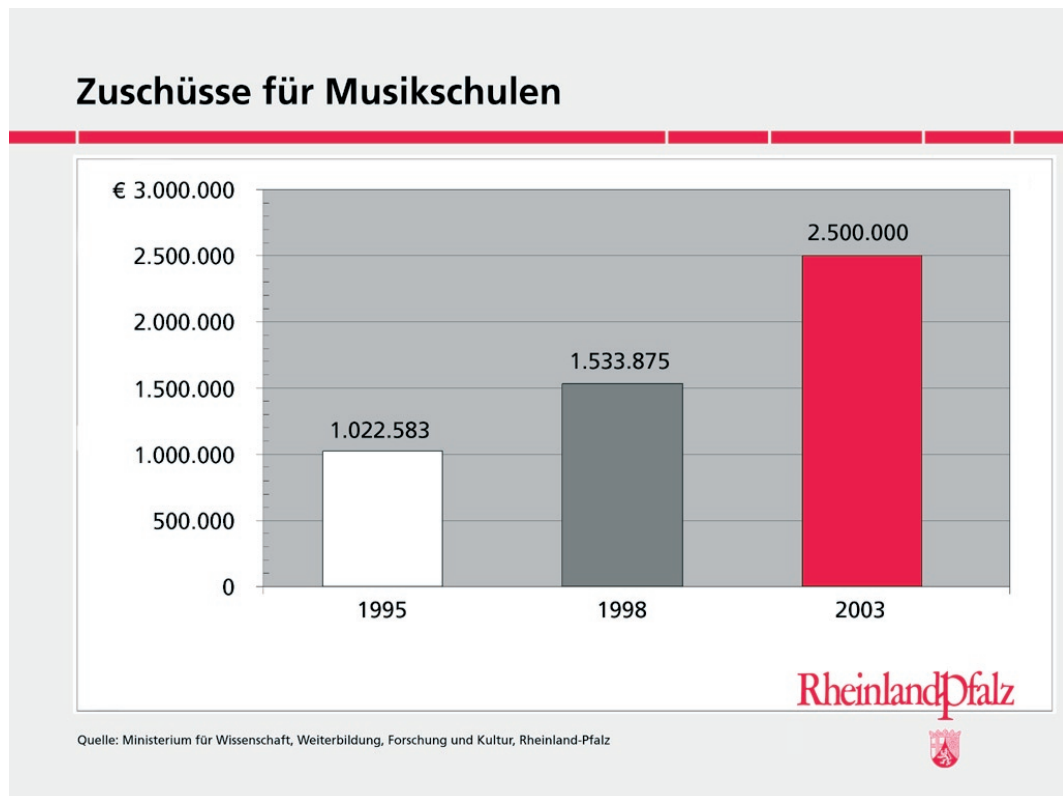
Von Seiten der Landesregierung ist zudem ein eigenes Förderprogramm für die Modernisierung von Hotel- und Gaststättenbetrieben bzw. Campingplätzen im Rheintal aufgelegt worden, das vor allem im UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal neue Impulse setzen wird. Schwerpunkte im Infrastrukturbereich bilden derzeit der abschließende Ausbau der durchgehenden Radwege auf beiden Rheinseiten sowie die Projekte Rheinsteig und Rheinburgenwanderweg. Mit dem Rheinburgenwanderweg sollen 28 Burgen im Mittelrheintal von Bingen bzw. Rüdesheim bis Koblenz miteinander verbunden werden. Die touristische Vermarktung dieses Weges mit entsprechenden Pauschalen kann dem Mittelrheintal einen wichtigen touristischen Schub verleihen.

Darüber hinaus bewirbt sich Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Baden-Württemberg, Bayern und Hessen darum, den Obergermanisch-rätischen Limes in die Liste des Welterbes aufzunehmen.

Zuschüsse für Musikschulen erhöht

Die rheinland-pfälzische Landesregierung sieht einen Schwerpunkt ihrer Kulturpolitik darin, Kinder und Jugendliche intensiver in das kulturelle Leben einzubinden und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich verstärkt musikalisch zu betätigen. Sie hat daher die Zuschüsse an die

Musikschulen konsequent von zunächst einer Million 1994 auf zwei Mio. und 1996 auf drei Mio. DM (rd. 1,023 Mio. bzw. rd. 1,534 Mio. Euro) erhöht. Ab dem Jahr 2002 wurden die Mittel um eine weitere Mio. Euro erhöht. Dem Verband der Musikschulen in Rheinland-Pfalz werden somit jährlich 2,5 Mio. Euro zugewiesen.



Einen weiteren kulturpolitischen Akzent hat die Landesregierung mit der Schaffung eines musikkulturellen Zentrums in Neuwied-Engers gesetzt: Das hier mit erheblichen Mitteln des Landes renovierte Meisterhaus wurde nach zweijähriger Umbauzeit der Landesmusikakademie Rheinland-Pfalz e.V. als zentrale Fort- und Weiterbildungsstätte übergeben.

Theater

Am 14. September 2001 wurde das sanierte Große Haus des Staatstheaters in Mainz wieder eröffnet. Die Ballettkompanie des Staatstheaters wird zu den besten in Deutschland gezählt. Der Rang, den das Staatstheater inzwischen erlangt hat, zeigt sich auch an den Kooperationen mit der Münchener Biennale und den Schwetzingen Festspielen.

10 Jahre Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur

In Rheinland-Pfalz hat sich eine neue Stiftungskultur entwickelt. Rund 500 Stiftungen bestehen heute in unserem Land. Die Gründung der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur im Jahre 1992 hat viele andere inspiriert. Seit ihrer Gründung vor 10 Jahren hat die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur circa 59 Mio. Euro zur Förderung von Kunst und Kultur ausgegeben, mit einem Eigenkapital von 90 Mio. Euro ist sie die zweitgrößte Kulturstiftung in Deutschland. Bundesweit einmalig ist die Tatsache, dass die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur ehrenamtlich verwaltet wird, sodass die erwirtschafteten Zinserträge nicht durch umfängliche Verwaltungskosten geschmälert werden.

Archäologische Denkmalpflege

Mit der Eröffnung des „Isis-Tempels“ Ende August 2003 in Mainz wurde eine Einrichtung geschaffen, die in attraktiver Form für die Belange der Archäologischen Denkmalpflege als Hüterin des Kulturerbes wirbt. Wie bei vielen anderen denkmalpflegerischen Projekten arbeiten auch beim Isis-Projekt Land, Kommune und ein privater Förderverein eng zusammen. Weitere Kulturdenkmäler, bei denen sich private Fördervereine engagieren - beispielhaft für rund 400 Vereine in Rheinland-Pfalz - sind die Stadtmauer Oberwesel, die Synagoge Mainz-Weisenau und die Matthias-Kapelle in Koblenz.

Baukultur

Mit der Eröffnung der Initiative „Runder Tisch Baukultur“ sowie einer ersten vertiefenden Fachveranstaltung in Koblenz hat die Landesregierung die in der Koalitionsvereinbarung für diese Wahlperiode vorgesehene Initiative Baukultur ins Leben gerufen, um die kulturelle, aber auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Architektur und Baukultur im öffentlichen Bewusstsein nachhaltig zu unterstreichen. Der nächste Schritt bei der weiteren Ausgestaltung des „Dialogs Baukultur“ wird sein, sich intensiver mit einzelnen Aspekten der Baukultur zu befassen, wie beispielsweise Schule und Bildung, Verkehr oder Freiraum, vor allem aber auch den Dialog auf der örtlichen und regionalen Ebene zu führen, dort wo Baukultur unmittelbar gestaltend und prägend wirkt. Die Landesregierung war und ist sich ihrer Verantwortung für Architektur und Baukultur selbstverständlich auch als Bauherr bewusst. Das Arp-Museum ist hierbei ein herausragendes von vielen Beispielen.

Kultursommer Rheinland-Pfalz

Seit Jahren ist der Kultursommer Rheinland-Pfalz das Markenzeichen einer gelungenen, das ganze Land umfassenden „Kultur für alle“. Auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel ist es dem Kultursommer gelungen, die vielseitige Mischung zwischen Breitenförderung und innovativer Spitzenkultur aufrecht zu erhalten. Dabei hat er sein künstlerisches Profil weiter geschärft.

Unter dem gemeinsamen Dach des Kultursommers präsentieren sich mittlerweile in jedem Jahr über 250 Projekte mit einer Vielzahl von Veranstaltungen im ganzen Land zu dem jährlich wechselnden Motto - von Ausstellungen über Musik, Tanz und Theater bis zu Straßenfestivals.

Durch die geplante Einrichtung eines Wissenschafts-Parks für Kinder und Jugendliche in 2004 und 2005 wird ein weiteres attraktives und dauerhaftes Angebot im Land entstehen, das zunächst in Trier (Kultursommer-Eröffnungsort 2005), später im Landesmuseum Koblenz zu erleben sein soll. Die Vorbereitungen für das internationale Chor-Festival „Europa Cantat“ 2006 (zum zweiten Mal in 40 Jahren in Deutschland!) in Mainz und das kulturelle Rahmenprogramm zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 haben begonnen.

Neue Arbeitsplätze im Kulturbereich

Seit Sommer 2002 läuft das so genannte „vertikult-Projekt“, ein Pilotvorhaben des Landes Rheinland-Pfalz, in dem das Land eine bundesweite Vorreiterrolle in der Neuorganisation des Kulturbereichs übernimmt. Ziel dieses Vorhabens ist es, den Kulturschaffenden des Landes ein Internet-Portal zur Verfügung zu stellen, das neue Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung und Projektorganisation bieten wird.

Orchesterstrukturreform

Vor dem Hintergrund zurückgehender Einnahmen hat die Landesregierung eine Orchesterstrukturreform vorgeschlagen, die die Finanzierung der Theater und Orchester in Rheinland-Pfalz mittelfristig sichern und gleichzeitig einen qualitativen und quantitativen Einbruch verhindern soll. Die Reform wurde mit den Beteiligten in einer beim Ministerium angesiedelten Arbeitsgruppe eingehend erörtert. Sie hat das Modell einer inneren Kooperation zwischen den Orchestern vorgeschlagen. Die Reform soll ab dem Jahre 2006 greifen.

Landesbibliothekszenrum

Das rasante Wachstum an weltweit vorhandenem Fachwissen, die ständig steigenden Anforderungen an lebenslangem Lernen, die Veränderung des Medienverhaltens der Gesellschaft und die große Bedeutung des Internet für den Wissenstransfer verschaffen den Bibliotheken des Landes eine wichtige Vermittlerfunktion. Die Landesregierung will deshalb ein Landesbibliothekszenrum Rheinland-Pfalz als Zusammenführung der Staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße, der Pfälzischen Landesbibliothek in Speyer, der Bibliotheca Bipontina in Zweibrücken, der Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz in Koblenz sowie der Rheinischen Landesbibliothek in Koblenz errichten, um allen Nutzern einen attraktiven und schnellen Zugang zu den gewünschten Medien zu sichern.

Neubau des Arp-Museums

Der Neubau des Arp-Museums in Remagen-Rolandseck ist mit der Vorstellung der Pläne des renomierten amerikanischen Architekten Richard Meier in eine neue Phase getreten. Mit dem Bau soll im Frühjahr 2004 begonnen werden. Das historische Bahnhofsgebäude Rolandseck wird gegenwärtig wieder hergerichtet. Der Gesamtkomplex ist eines der wichtigsten kulturpolitischen Vorhaben der Landesregierung und wird dem Norden des Landes eine hohe kulturelle und touristische Attraktivität verleihen. Architektur, Kunst und Natur gehen am Standort Rolandseck eine spektakuläre Verbindung ein. Das Arp-Museum bildet einen Brückenkopf zum Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal und wird die Museumslandschaft am Rhein um ein einmaliges Ensemble bereichern.

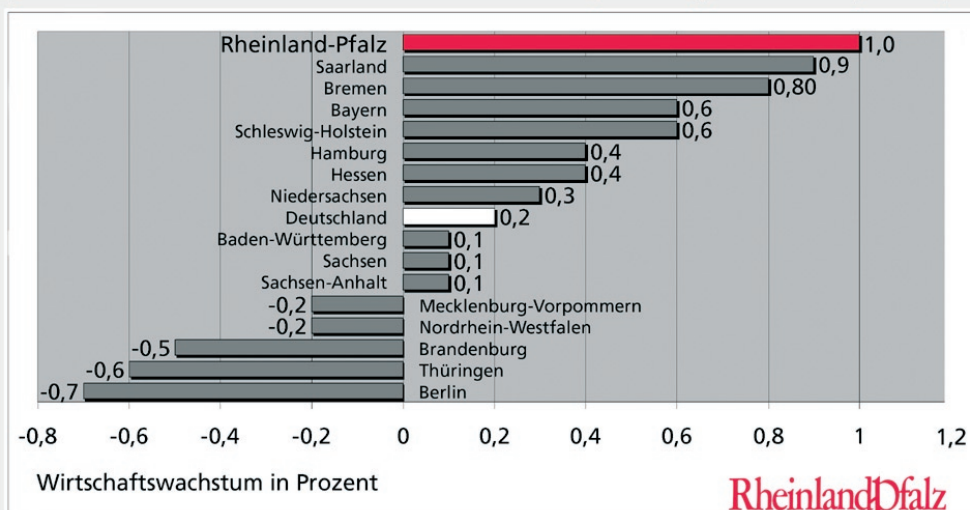
Konstantin-Ausstellung 2007

Das Land Rheinland-Pfalz plant eine Landesausstellung zum Thema „Konstantin - Legenden, Lebensbilder, Kulturen an der Schwelle zum christlichen Europa“. Konstantin I. war in der Zeit von 306 bis 337 nach Christus römischer Kaiser und regierte auch von Trier aus. Als Vorbereitung zu diesem Projekt hat das Landesmuseum Trier 2003 die Ausstellung PALATIA gezeigt. Das Rheinische Landesmuseum Trier präsentiert in internationaler Zusammenarbeit mit der italienischen Associazione Palatina Istanbul und der Yildiz Teknik Üniversitesi Istanbul den aktuellen Forschungsstand, die neuesten Untersuchungsergebnisse und die Erschließungsvorhaben der drei Kaiserresidenzen in Trier, Konstantinopel und Ravenna.

2. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung

Arbeit und wirtschaftlicher Erfolg sind die Grundlagen eines stabilen Gemeinwesens und damit auch die Basis für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung unseres Landes. Oberstes Ziel der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik des Landes ist es daher mit einer gezielten, an den regionalen und strukturellen Besonderheiten angepassten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Agrarförderung sowie einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, vor allem in den ländlichen Räumen, möglichst günstige Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Der Vergleich der Länderdaten belegt den Erfolg dieser wirtschaftspolitischen Strategie der Landesregierung.

Reales Wirtschaftswachstum 2002 im Ländervergleich



Quelle: Ministerium der Finanzen, Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz

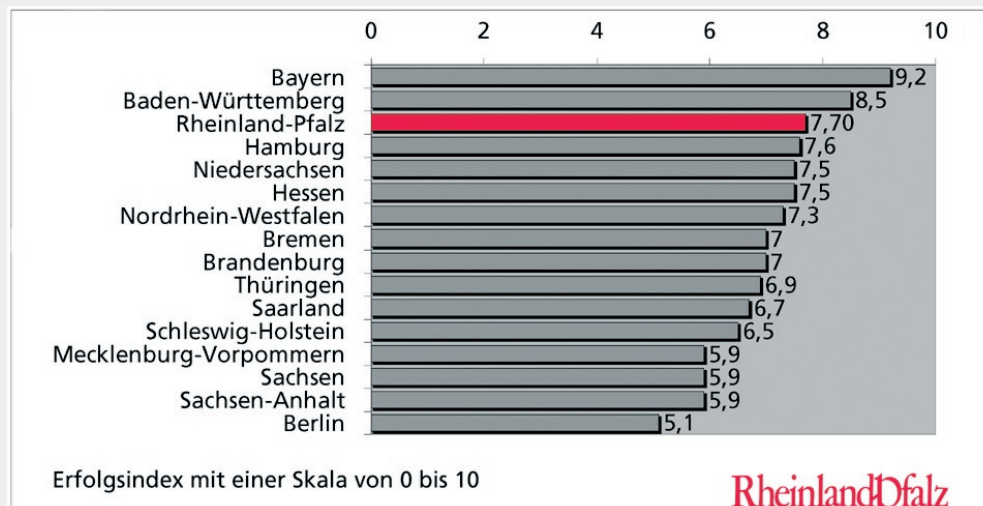
In der ersten Hälfte der Legislaturperiode ist hier bereits Wichtiges geleistet worden. Die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Eckdaten des Arbeitsmarktes und des Bruttoinlandsproduktes - die in Rheinland-Pfalz deutlich besser als im Bundesdurchschnitt verlaufen ist - belegt, dass die Landesregierung den richtigen Kurs eingeschlagen hat.

2.1. Wirtschaft

Trotz schwieriger Wirtschaftslage und enger werdender finanzieller Spielräume ist es der Landesregierung gelungen, durch gezielte Finanzierungshilfen und Investitionsmaßnahmen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern.

Unternehmerfreundlichkeit im Ländervergleich

(Erfolgsindex nach Punktwerten)



Quelle: Cap Gemini Ernst & Young Deutschland, Berlin



In den Jahren 2001 und 2002 wurden vom Land Rheinland-Pfalz insgesamt folgende Wirtschaftsförderungsmittel bewilligt:

Zuschüsse (einschließlich Bundes- und EU-Mittel):	275,3 Mio. Euro
Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)	207,0 Mio. Euro
Bürgschaften und Garantien	178,1 Mio. Euro
Kapitalbeteiligungen (einschließlich Venture-Capital)	32,2 Mio. Euro

Etwa 80 % der Wirtschaftsförderungsmittel dienen unmittelbar der Investitionsfinanzierung, wovon jeweils die Hälfte für private und öffentliche Investitionen eingesetzt wird. Allein mit den Regionalprogrammen, dem Mittelstandsförderungsprogramm und dem Konversionsprogramm im Bereich des Wirtschaftsressorts wurde in den Jahren 2001 und 2002 ein Investitionsvolumen von rd. 951 Mio. Euro gefördert. Mit den Regionalprogrammen, dem Konversionsprogramm, dem Mittelstandsförderungsprogramm, den Bürgschaftsprogrammen und den Ausbildungsförderungsprogrammen wurden in den Jahren 2001 und 2002 rund 22.900 Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen bzw. gesichert.

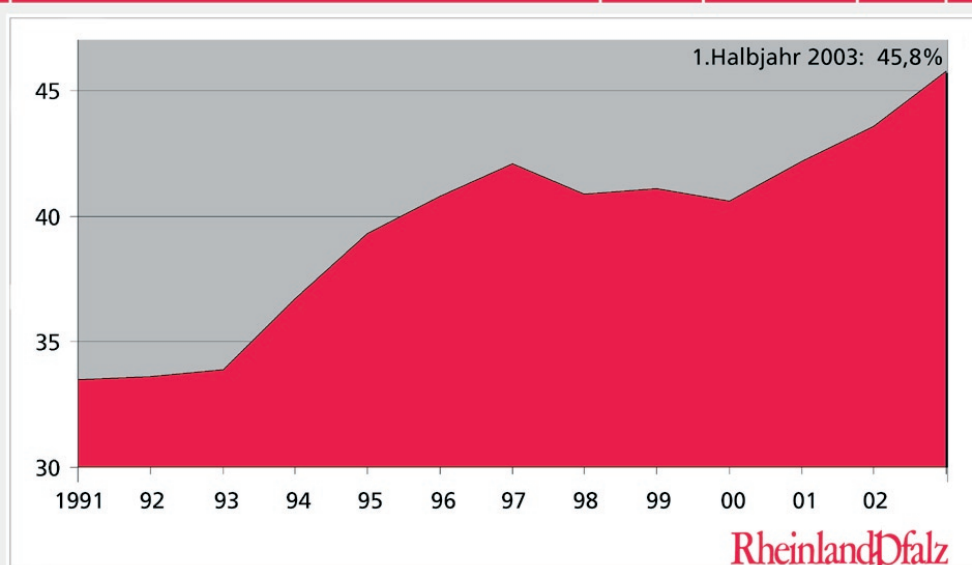
Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind wichtige Träger des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigungsentwicklung in Rheinland-Pfalz. Sie gehören zu den wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes wobei insbesondere dem Handwerk eine bedeutsame Rolle bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zukommt. Das Land unterstützt den Mittelstand durch Existenzgründungs- und Investitionshilfen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt - insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen, konjunkturell bedingten Lehrstellenknappheit - bei der Aus- und Fortbildung.

Die Landesregierung hat sich auch bei der von der Bundesregierung angestrebten Novellierung der Handwerksordnung dafür eingesetzt, dass im Rahmen der notwendigen Flexibilisierung der Zugangsvoraussetzungen zur Übernahme eines Handwerksbetriebes neben der Ge-

fahrgenigkeit auch die Gesichtspunkte der Ausbildung und des Verbraucherschutzes nicht vernachlässigt werden. Gleichzeitig wird die von den Handwerkskammern in diesem Jahr gestartete Meister-Image-Kampagne vom Land unterstützt.

Der Erfolg der Landesregierung bei der Unterstützung innovativer und wettbewerbsfähiger Unternehmen findet einen deutlichen Niederschlag in der höchsten Exportquote aller deutschen Flächenländer.

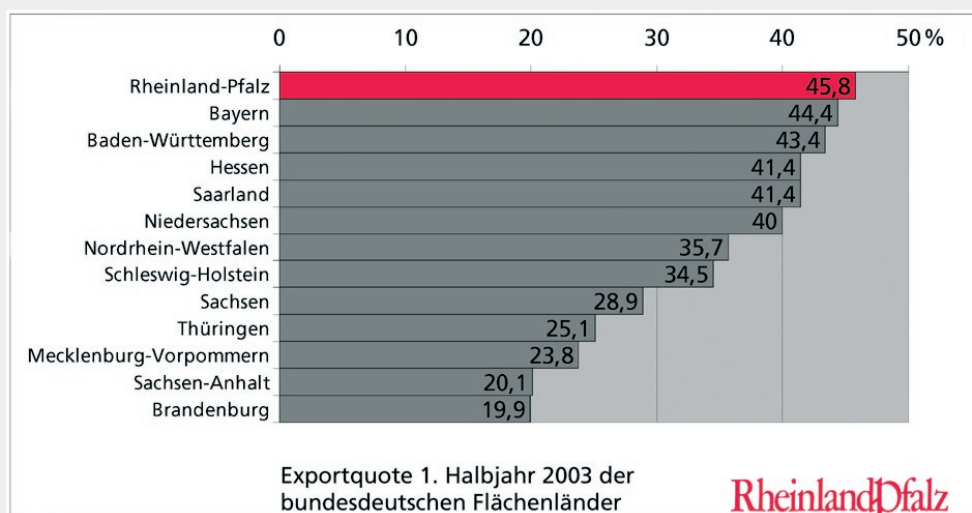
Exportquote des Landes Rheinland-Pfalz 1991 - 2003



Quelle: Statistisches Bundesamt, Monatsberichte im Verarbeitenden Gewerbe



Exportquote des Landes Rheinland-Pfalz 2003 im Ländervergleich



Exportquote 1. Halbjahr 2003 der bundesdeutschen Flächenländer

Quelle: Statistisches Bundesamt, Monatsberichte im Verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz



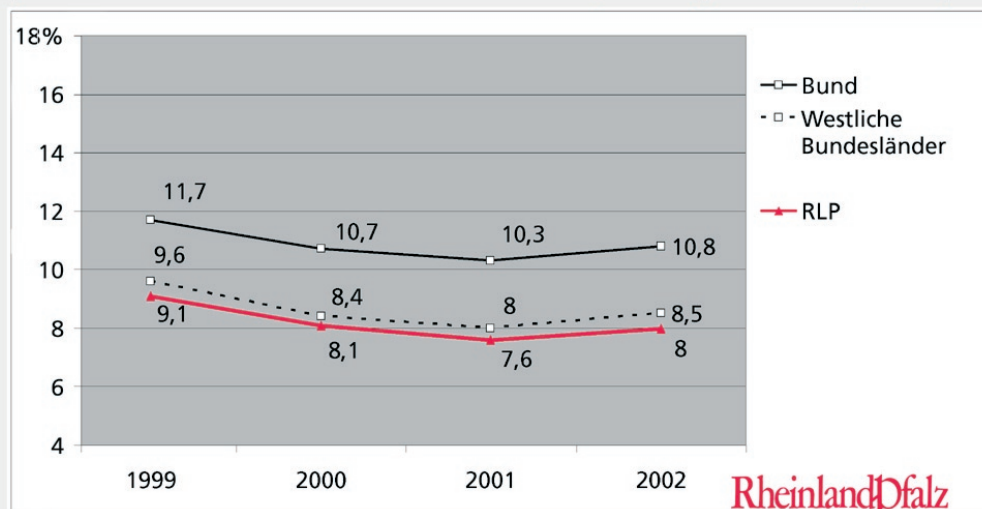
Um auch auf kommunaler Ebene Anstöße zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen zu erreichen, hat die Landesregierung den Wettbewerb „Mittelstandsfreundliche Kommunen“ ins Leben gerufen, der den Dialog zwischen Kommunen und mittelständischer Wirtschaft in Rheinland-Pfalz weiter anregen und für die Bedürfnisse der Unternehmen sensibilisieren soll.

2.2. Arbeit

Bekämpfung und Verhinderung von Arbeitslosigkeit

Die vorrangigen Ziele der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik sind die Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit sowie die Begleitung des Strukturwandels. Zudem zielt die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung darauf ab, den am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen durch zielgerichtete und zukunftsfähige Qualifizierungen den Zugang zum Erwerbsleben zu ermöglichen. Dabei haben in den letzten beiden Jahren aufgrund des rasanten strukturellen und technologischen Wandels die präventiv ausgerichteten Maßnahmen deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Landesregierung engagiert sich speziell in den Handlungsfeldern „Stärkung des lebenslangen Lernens“, „Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen“ sowie „Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“. Auch aufgrund dieser arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten ist es Rheinland-Pfalz gelungen, im bundesweiten Vergleich der niedrigsten Arbeitslosenquoten von Rang 4 auf Rang 3 vorzurücken.

Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich



Quelle: Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland, Saarbrücken

Im Mittelpunkt der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik steht das Programm „Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohter Personen, insbesondere in Konversionsgebieten“. Dieses Programm erleichtert arbeitslosen Menschen den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt und bewirkt, dass ihre Qualifikationen und Kenntnisse erhalten bleiben und erweitert werden.

Durch das Programm „Flankierung des regionalen Strukturwandels“ werden seit 1996 in strukturschwachen Regionen innovative Ansätze zur Stärkung des Strukturwandels gefördert. Die hier finanzierten Maßnahmen reichen von Arbeitsmarkt- und Qualifikationsbedarfsanalysen über die Unterstützung betrieblicher Umstrukturierungsprozesse und Arbeitszeitberatungen bis hin zu Forschungsvorhaben und der Durchführung und Erprobung beruflicher Qualifizierungen im Multimediabereich.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik/ Begleitende Umsetzung der Hartz-Reformen

Das Land unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung von Methoden, Instrumenten und Verfahren, die zu einer besseren Arbeitsmarktintegration von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern beitragen. Herausragend ist in diesem Zusammenhang das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, in dessen Rahmen u.a. seit 2000 Koordinierungsbüros finanziell unterstützt werden. Diese Koordinierungsbüros sollen die Zusammenarbeit von Arbeitsverwaltung und Sozialamt fördern. Die Idee stand auch Pate für eine Reihe weiterer Clearingstellen oder gemeinsamer Anlaufstellen, die in den letzten zwei Jahren in Rheinland-Pfalz entstanden sind. Damit ist Rheinland-Pfalz auch Vorreiter im Bereich der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und dem Aufbau der JobCenter der Bundesanstalt bzw. Bundesagentur für Arbeit.

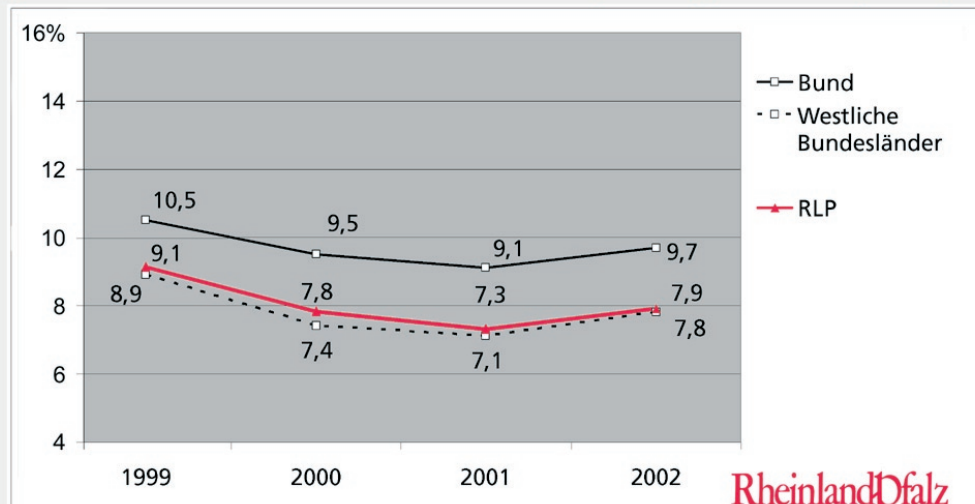
Weitere Maßnahmen haben als Modellprojekte in Rheinland-Pfalz mit dazu beigetragen, dass bundesweit vergleichbare Aktivitäten erfolgten. So gilt das Mainzer Modell als Vorläufer der im Rahmen der Hartz-Gesetze neu geschaffenen so genannten Midi-Jobs.

Eine zentrale Aufgabe im Bereich der Arbeitsmarktpolitik – insbesondere der zurückliegenden eineinhalb Jahre war die Begleitung der Umsetzung der Hartz-Reformen in Rheinland-Pfalz. Zu diesem Zweck hat das Arbeitsministerium seinen Arbeitsmarktbeirat beauftragt, die Umsetzung der entsprechenden Gesetze partnerschaftlich zu begleiten und gemeinsam zu gestalten.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher bildet einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik des Landes.

Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich



Quelle: Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland, Saarbrücken



Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden in der Kampagne „Jugend in Arbeit“ zusammengefasst. Deren Förderschwerpunkte sind: Aufsuchende und vorbereitende Arbeit, Unterstützung bei den Übergängen Schule-Ausbildung-Beruf sowie die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zur beruflichen Integration und Stabilisierung von Jugendlichen. Über rund 130 Projekte konnten im Jahr 2002 ca. 14.300 Menschen beim (Wieder-) Einstieg in das Berufsleben unterstützt oder bestehende Ausbildungsverhältnisse stabilisiert werden.

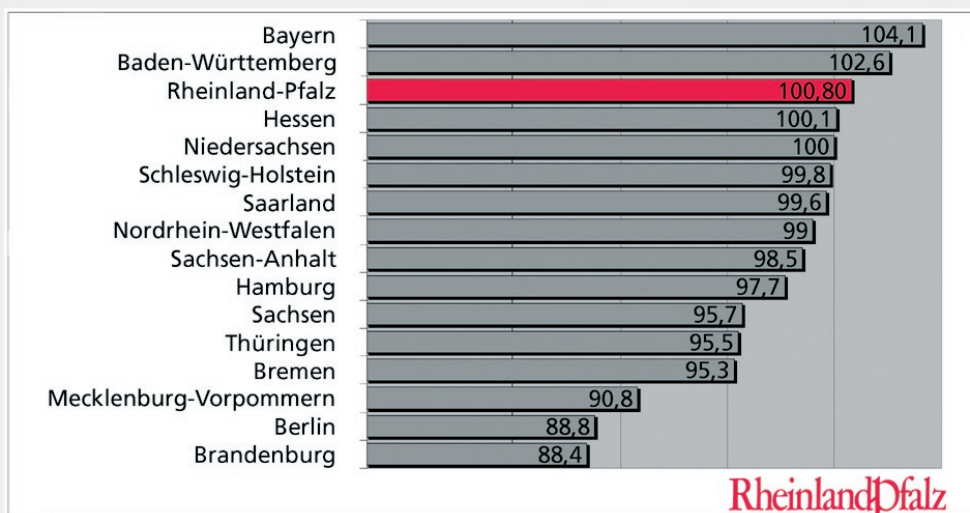
Neben der Kampagne „Jugend in Arbeit“ startete die Landesregierung im Sommer 2003 das Programm „Jugend-Scouts“. Damit flankiert das Land das Sonderprogramm des Bundes „Jump Plus“ mit einer eigenen, auf die Bedarfe der rheinland-pfälzischen Kommunen ausgerichteten Initiative zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit junger Menschen. Gefördert werden kommunale Jugend-Scouts, die, ähnlich den „Streetworkern“, die Jugendlichen direkt aufsuchen, um sie in Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung zu vermitteln.

2.3. Ausbildungsplätze und berufliche Bildung

Im Bereich der beruflichen Bildung wurden in der laufenden Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen initiiert und gemeinsam mit den Partnern im Ausbildungsstellenmarkt umgesetzt: Die landesweite Einstellung von Ausbildungsstellenakquisiteuren bei den Kammern führte bisher zu einer beachtlichen Steigerung des Lehrstellenpotenzials (jährlich 1.500 bis 2.000 zusätzliche Plätze). Bei der Vermittlung beruflicher Teilqualifikationen für arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss wird jungen Arbeitslosen ein besserer Start für eine anschließende reguläre duale Berufsausbildung ermöglicht. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden sechs Berufsfelder ermittelt, bei denen davon ausgegangen wird, dass eine besonders erfolg-

reiche Ausbildungsvorbereitung durchgeführt werden kann. Diese Berufsfelder liegen in den Bereichen Metall, Gastgewerbe, Gartenbau, Nahrungsmittelhandwerk sowie Handel und Bau-gewerbe. Innerhalb dieser Branchen wurden Teilqualifikationen in anerkannten Ausbildungs-berufen neu definiert.

Ausbildungsplatzangebot 2002 in Prozenten der Bewerbungen



Quelle: Wirtschaftswoche v. 31.07.2003, Bundesländer-Ranking

Rheinland-Pfalz

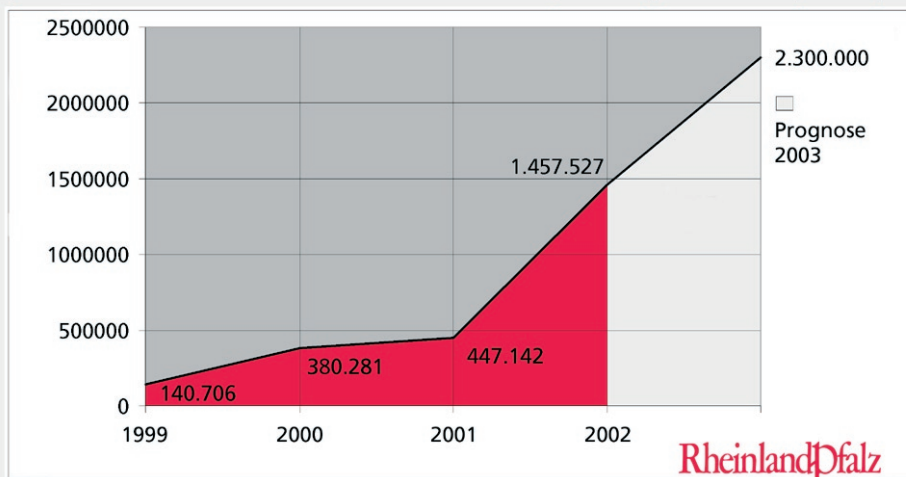
Ein weiteres Element ist die sozialpädagogische Betreuung. Mit dieser Initiative soll die Berufsvorbereitung mit der eigentlichen beruflichen Ausbildung besser verzahnt werden. Es gilt, arbeitslose Jugendliche zu erreichen, zu motivieren, zu qualifizieren und in Ausbildung zu bringen. Die Zielgröße bis Herbst dieses Jahres sind rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in allen Landesteilen.

Das Förderprogramm für Ausbildungsbetriebe der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige freier Berufe unterstützt die Schaffung von neuen, zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Die Förderung erfolgt durch ein zinsgünstiges Darlehen pro neu geschaffenem Ausbildungsplatz in Höhe von bis zu 25.000 Euro. Über die Ausbildungsprämie für Existenzgründer wird Betrieben, die sich noch in der Konsolidierungsphase befinden, die Entscheidung für den Abschluss eines Ausbildungsvertrages erleichtert.

2.4. Konversion

Die Konversion ehemaliger Militärgelände konnte auch in der neuen Legislaturperiode mit Erfolg fortgesetzt werden. Die rasante Entwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn, der inzwischen im Frachtverkehr an 4. Stelle unter den deutschen Flughäfen steht, findet bundesweite Beachtung. In diesem Jahr werden 2,3 Mio. Passagiere erwartet. Durch den Bau des zweiten Terminals kann der Hahn seine Kapazität auf 5 Mio. Passagiere erhöhen. Mit über 2.200 Arbeitsplätzen ist der Flughafen Hahn zu einem Beschäftigungsmotor für das nördliche Rheinland-Pfalz geworden.

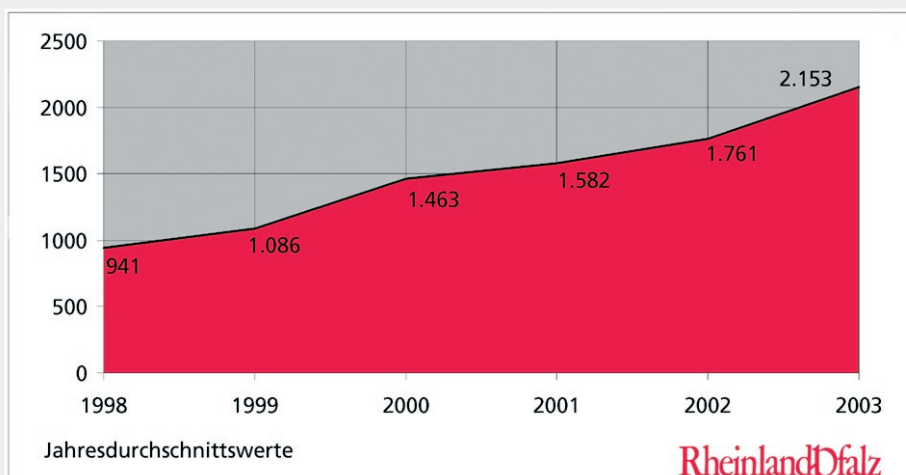
Flughafen Frankfurt-Hahn: Passagieraufkommen 1999-2003



Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz



Arbeitsplatzentwicklung auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn 1998-2003



Quelle: Arbeitsmarkt- und Organisationsberatung, Schweich



Die anderen Konversionsprojekte haben sich ebenfalls durchweg positiv entwickelt. Auf dem Flughafen Zweibrücken wird das Vier-Säulen-Konzept aus Multimedia Internet Park (MIP), Designer Outlet Zentrum (DOZ), Flugbetrieb und Tourismus/Freizeit konsequent umgesetzt. Inzwischen wurden auf dem Flughafen Zweibrücken 166 Betriebe mit knapp 1.100 Arbeitsplätzen angesiedelt. Ein weiteres Erfolgsmodell ist der Flugplatz Bitburg mit 160 Unternehmen und sonstigen Institutionen mit über 1.000 Arbeitsplätzen. Für den Flugplatz Pferdsfeld konnte zusammen mit einer Projektentwicklungsgesellschaft und der Adam Opel AG ein Konzept für ein Test- und Eventzentrum entwickelt werden, das inzwischen in einen städtebaulichen Vertrag mündete. Große Fortschritte macht auch das Konversionsprojekt Husterhöh-Kaserne in Pirmasens mit inzwischen 72 angesiedelten Betrieben, die 588 Arbeitsplätze bereitstellen. Schlüsselprojekte sind dabei die Fachhochschule mit einem neuen Studiengang, der Neubau des Prüf- und Forschungsinstituts Pirmasens (PFI) sowie ein Baukompetenzzentrum.

Auch nach 10 Jahren stellt die Beschäftigungskonversion immer noch einen wichtigen Bestandteil der Konversionspolitik des Landes dar. So konnten seit Beginn der Förderung ca. 24.000 Zivilbeschäftigten, die durch den Konversionsprozess ihren Arbeitsplatz verloren hatten, begleitende Hilfen und Unterstützung angeboten werden. Das Instrumentarium wurde so konzipiert, dass flexibel und zielgerichtet auf spezifische regionale Bedarfe und Bedingungen reagiert werden kann. Die verschiedenen Maßnahmen zielen ab auf die Vermeidung von konversionsbedingter Arbeitslosigkeit, die sozialverträgliche Gestaltung des Stellenabbaus insbesondere in strukturschwachen Regionen, sowie die Nutzung der durch die Konversion entstehenden Potentiale zur Wiedereingliederung arbeitsloser Personen.

In den Jahren 2001 und 2002 wurden aus dem Landeskonversionsprogramm für 921 Projekte mit Investitionskosten von rd. 778 Mio. Euro Landeszuschüsse in Höhe von rd. 204 Mio. Euro bewilligt. In den 85 landesweit und regional bedeutsamen Konversionsprojekten konnten bis Ende 2002 nahezu 34.500 Arbeitsplätze direkt oder indirekt geschaffen werden.

2.5. IT und Multimedia - aktive Medienpolitik

In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Informationstechnologien zu einem Schlüsselbereich mit einem enormen wirtschaftlichen Wachstumspotenzial entwickelt. Laut Medientgutachten der Landesregierung kann die konsequente Einführung der Breitband-Technologien das Bruttosozialprodukt von Rheinland-Pfalz um 4 Prozent in fünf bis sieben Jahren steigern.

Mit zahlreichen Initiativen in allen Teilen des Landes hat die Landesregierung durch die Multimediainitiative rlp-inform diesen Aktivierungsprozess maßgeblich initiiert und vorangetrieben. Unter dem Dach von rlp-inform sind allein in diesem Jahr 152 Multimediaprojekte mit einem Investitionsvolumen von 62 Mio. Euro vereinigt:

- Der breite Zugang zum Internet ist ermöglicht - rund die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind online.
- Multimedia ist in der Bildung fest verankert. Alle Hochschulen sind mit drahtlosen Netzzugängen ausgestattet, z.B. können Studierende in der Vorlesung die Folienpräsentationen der Dozenten direkt auf ihren Laptop herunterladen.
- Alle Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz erhalten eine Multimediaausbildung. Jede Schülerin und jeder Schüler hat in den Schulen Zugang zu einem Computer.

- eGovernment ist ein zentraler Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung, Rheinland-Pfalz nimmt hier bundesweit eine Spitzenstellung ein. eGovernment-Angebote wie das elektronische Grundbuch, das Notaren, Banken und Sparkassen erhebliche Zeitersparnis bringt, über Internet abrufbare Insolvenzverfahren oder das elektronische Handelsregister bieten einen echten Mehrwert für die Wirtschaft. Mit RIVAR verfügt die rheinland-pfälzische Polizei über eines der modernsten Dateninformationssysteme in Deutschland. Für den Kooperationspartner Microsoft ist die hier eingesetzte so genannte dot.net-Technologie ein europaweit einmaliges Referenzprojekt. Ein Teilprojekt zur Kfz- und Halterabfrage beim Kraftfahrtbundesamt ermöglicht heute schon Datenabfragen mit mobilen Endgeräten z.B. bei Fahrzeugkontrollen. Dadurch wird die Polizeiarbeit deutlich schneller und effizienter.
- Mit der Vorstellung des Mediengutachtens „Beschäftigung und Wachstum in der Informationsgemeinschaft“ hat die Landesregierung den Startschuss für die fünf Multimediaforen gegeben. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, das Profil des Medienstandorts Rheinland-Pfalz regional zu entwickeln, Forschung und Entwicklung weiter ausbauen, gezieltes Medienstandortmarketing zu etablieren und die Medienbildung als Bestandteil der Allgemeinbildung zu stärken.
- Die Online-Offensive Mittelstand „Connect“ unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei der Nutzung von eCommerce und eBusiness in Rheinland-Pfalz. Dazu hat die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz GmbH (ISB) gemeinsam mit weiteren Partnern eine erfolgreiche Informations- und Motivationskampagne initiiert und landesweite Regionalveranstaltungen durchgeführt. Der zweite Schwerpunkt ist der Aufbau eines Netzwerkes für eCommerce sowie IT- und Multimedia Qualifikation in Rheinland-Pfalz unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.
- Rheinland-Pfalz wird durch die Breitbandinitiative zu einem Flächenland mit einer hervorragenden Breitbandinfrastruktur in Gewerbegebieten ausgebaut. Die schnelle Übertragung großer Datenmengen spielt heute eine wichtige Rolle für wirtschaftlichen Erfolg. Dazu kommt, dass die Breitbandtechnologie die Chance bietet, basierend auf der Fachqualifikation der Mitarbeiter, standortunabhängig bestehende Arbeitsplätze zu halten und neue zu schaffen. Nicht zuletzt dadurch eröffnet die Breitbandtechnologie gerade für Rheinland-Pfalz mit seinen ländlichen Räumen neue wirtschaftliche Perspektiven.
- Rheinland-Pfalz ist ein Standort leistungsstarker Medienunternehmen: von ZDF, SWR und RPR, von bedeutenden Verlagen und Druckereien. Die Landesregierung hat aktiv den Jugendschutz in den Medien gestärkt, die regionale Berichterstattung im Fernsehen befördert und die Digitalisierung als Technik der Zukunft vorangetrieben. Sie unterstützt aktiv mit dem *MainzerMedienDisput* eines der renommiertesten Medienforen in Deutschland.

Dieser erfolgreiche Weg wird fortgesetzt. Insbesondere sind der Aufbau und die Stärkung regionaler Netzwerke wichtige Aufgaben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der Zusammenschluss von Medien- und IT-Firmen mit regelmäßigem Austausch und intensivem Diskurs fruchtbare Impulse für die Wirtschaftsentwicklung des gesamten Landes geben kann.

2.6. Energieversorgung

Die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz und die Sicherung von Arbeitsplätzen setzt eine gesicherte Energieversorgung unter Wahrung von Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit voraus. Maßnahmen zur rationellen und effizienten Energienutzung haben dabei oberste Priorität. Um Aktivitäten unterschiedlicher Institutionen im Energiebereich zu bündeln, hat die Landesregierung das ENERGIEFORUM Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Es ist als Informations- und Diskussionsplattform für alle energiewirtschaftlich relevanten Themen in Rheinland-Pfalz konzipiert. Es soll einen sachorientierten Dialog zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung ermöglichen. Tragende Säulen des ENERGIEFORUMS sind die EffizienzOffensive Energie Rheinland-Pfalz e.V. (EOR) und die Transferstelle für rationelle und regenerative Energienutzung in Bingen.

Neben der Verbesserung der Energieeffizienz stellt auch die Förderung neuer Energietechnologien einen wichtigen Punkt der Energiepolitik der Landesregierung dar. Im Rahmen der erneuerbaren Energien kommt der energetischen Nutzung der Tiefengeothermie in Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung zu. Die Potenziale der Tiefengeothermie sind enorm. Die Nutzung der Geothermie ist umweltfreundlich und schont fossile Brennstoffe. Die Voraussetzungen für die Tiefengeothermienutzung sind aufgrund von geologischen Anomalien im Oberrheingraben in Rheinland-Pfalz besonders günstig. Hemmend wirken in diesem Zusammenhang insbesondere Fündigkeitsrisiken. Vor diesem Hintergrund unterstützt die Landesregierung ein Tiefengeothermieprojekt zur Stromproduktion bei gleichzeitiger Wärmeauskopplung in Speyer. Positive Ergebnisse dieses Projektes dürften die Geothermienutzung in Rheinland-Pfalz beflügeln.

2.7. Verkehr und Straßenbau

Schienenfernverkehr

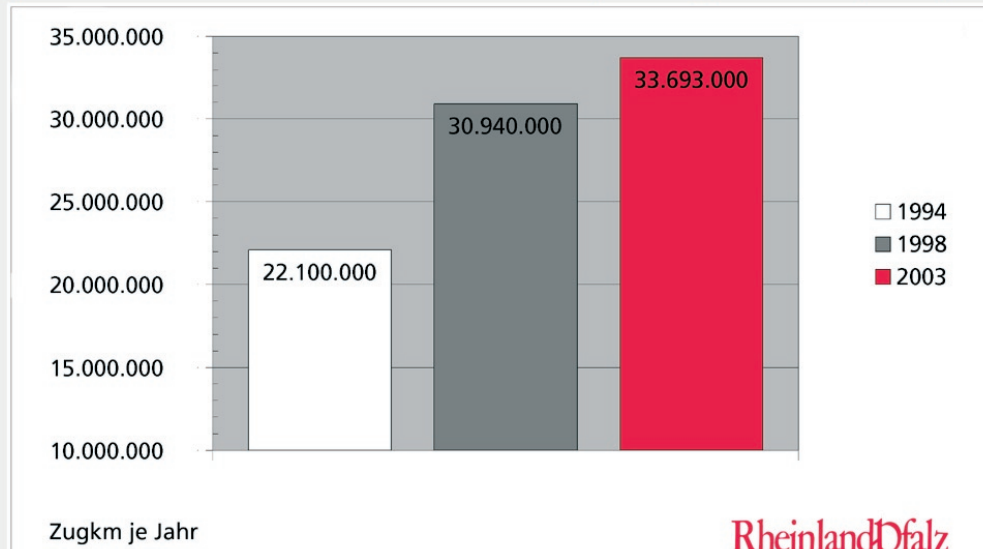
Am 25. Juli 2002 wurde die ICE-Neubaustrecke Köln-Rhein/Main mit dem ICE-Bahnhof Montabaur offiziell eingeweiht; der Regelbetrieb wurde am 15. Dezember 2002 durch die Integration in den europäischen Fahrplan aufgenommen.

Die Inbetriebnahme der Hochgeschwindigkeitsverbindung Paris-Metz-Saarbrücken-Kaiserslautern-Mannheim-Frankfurt (POS) ist nunmehr für das Jahr 2007 zu erwarten. Die Verbesserungsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz konnten in der ersten Hälfte der Legislaturperiode weitgehend abgeschlossen werden. Der Bau der Schifferstädter Kurve ist so weit vorangeschritten, dass sie Anfang 2004 in Betrieb gehen wird. Die zweite Eisenbahnbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim ist pünktlich fertig gestellt.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Rheinland-Pfalz-Takt steht bundesweit für einen besonders erfolgreichen und zuverlässigen ÖPNV. Mit der S-Bahn Rhein-Neckar, die am 14. Dezember 2003 eröffnet wird, wird er noch ein Stück besser und leistungsfähiger. Trotz angespannter Finanzlage investiert das Land Rheinland-Pfalz in den Ausbau der Gleisanlagen und der S-Bahn Stationen sowie in Elektrotriebwagen über 60 Mio. Euro. Mit der vollen Inbetriebnahme der ICE-Strecke Köln - Frankfurt sowie Köln-Wiesbaden-Mainz seit dem 15. Dezember 2002 ist auch das Angebot im Schienenpersonennahverkehr des Rheinland-Pfalz-Taktes zwischen Limburg und Montabaur sowie im Rheintal erweitert worden. Verbesserungen wurden weiterhin auf der Nahestrecke eingeführt. Im südlichen Landesteil konnte im Dezember 2002 der regelmäßige Taktverkehr grenzüberschreitend zwischen Wörth und dem französischen Lauterbourg wieder aufgenommen werden.

Entwicklung des Zugangebots im Rheinland-Pfalz-Takt



Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz



Am 1. Januar 2002 ist auch der Verkehrsverbund Rhein-Mosel gestartet. Damit ist das Land Rheinland-Pfalz jetzt nahezu flächendeckend von Verbundstrukturen erfasst; auch für den noch verbleibenden Landkreis Altenkirchen sowie den Westerwaldkreis strebt die Landesregierung die Integration in das Verbundnetz des ÖPNV an.

Im Rahmen des Programms zur Erneuerung von Bahnhöfen im SPNV/ÖPNV konnten bislang insgesamt rund 110 Bahnhöfe im Lande modernisiert werden. Rund 160 Mio. Euro Fördermittel sind hierfür bewilligt worden.

Gründung des Landesbetriebs Straßen und Verkehr

Die Aufgaben im Bereich Straßen- und Verkehrswesen in Rheinland-Pfalz wurden bisher vom Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen Rheinland-Pfalz und den ihm nachgeordneten Landesbehörden wahrgenommen. Diese Aufgaben sind zum 1. Januar 2002 auf den neu errichteten Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV) übergeleitet worden. Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist dem Landesbetrieb das wirtschaftliche Eigentum an den im Eigentum des Landes stehenden Straßen und Verkehrseinrichtungen übertragen worden, die dieser nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten hat.

Ziel der Errichtung des Landesbetriebes ist es, eine durchgehende und nachhaltige Verbesserung der Qualität vorhandener Straßen und Verkehrssysteme sowie die Beschleunigung der Planung und des Baues notwendiger Verkehrswege zu erreichen. Mit dem Landesbetrieb ist eine Verwaltungsstruktur geschaffen worden, die sowohl eine effektive Aufgabenbewältigung ermöglicht als auch die Voraussetzungen schafft, die Mittel für die notwendigen Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zeitnah und flexibel bereitzustellen.

Der Landesbetrieb Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz gliedert sich in

- eine Zentrale mit Sitz in Koblenz (ca. 350 Mitarbeiter)
- neun Straßen- und Verkehrsämter und das Autobahnamt Montabaur (ca. 1600 Mitarbeiter)
- 57 Straßenmeistereien und neun Autobahnmeistereien (ca. 2200 Mitarbeiter).

Straßenbaumaßnahmen

Allein im Landesstraßenbau konnten in den ersten beiden Jahren 2002 und 2003 rund 300 Einzelmaßnahmen im Zuge der Initiative Mobilität angegangen werden. Gegenüber den beiden vergangenen Haushaltsjahren ist dies eine deutliche Steigerung. Der Schwerpunkt liegt dabei eindeutig auf Um- und Ausbaumaßnahmen.

Im Bundesfernstraßenbau sind zwischen Frühjahr 2000 und Sommer 2003 bedeutsame Projekte in Bau gegangen oder fertig gestellt worden. So konnte im Dezember 2002 der Lückenschluss an der A 60 zwischen Bitburg und Wittlich nach rund 8 Jahren Bauzeit für den Verkehr freigegeben werden. Durch private Vorfinanzierung ist es möglich geworden, dieses Bundesprojekt erheblich früher anzugehen als im Wege der konventionellen Haushaltsfinanzierung. Die Fortführung von Wittlich in Richtung Rhein-Main erfolgt zunächst als Neubau der Bundesstraße B 50 zwischen der A 1 und dem Hunsrück. In diesem Streckenabschnitt liegt der mautfinanzierte Hochmoselübergang. Mit einem ersten Bauabschnitt außerhalb der Mautstrecke ab dem Autobahnkreuz Wittlich konnte bereits im Mai 2003 nach dem erfolgreichen Abschluss eines Rechtsverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht begonnen werden. Der eigentliche Hochmoselübergang soll, sobald Rechtskraft vorliegt, in Angriff genommen werden. Der vierstreifige Ausbauabschnitt der B 50 zwischen Argenthal und Simmern ist seit August 2003 unter Verkehr. Für den Abschnitt von Simmern bis zum Flughafen Frankfurt-Hahn sind im Mai 2003 die Planfeststellungsverfahren zur Beschaffung des Baurechts eingeleitet worden. Erste Teilfertigstellungen der Vierstreifigkeit zwischen Simmern und dem Flughafen Frankfurt-Hahn werden ab dem Jahr 2006 erwartet.

Ein Meilenstein im Verkehrswegebau der Landeshauptstadt Mainz ist der Anfang 2001 gestartete sechsstreifige Ausbau des Mainzer Ringes. Mit dem leistungsfähigen Ausbau wird ein wesentliches Nadelöhr im Rhein-Main-Gebiet beseitigt.

Im Bau sind weitere wichtige Bundesfernstraßenprojekte wie die Lückenschlüsse im Zuge der A 1 zwischen Daun und Blankenheim und der A 63 zwischen Sembach und Kaiserslautern, der vierstreifige Ausbau der B 10 zwischen Pirmasens und Hinterweidenthal, sowie zahlreiche Ortsumgehungen. Insgesamt konnten bis zur Halbzeit rund 24 km Autobahn, 12 km Bundesstraßen und 10 km Landesstraßen für den Verkehr freigegeben werden.

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) der Bundesregierung

Das Land hat dem Bund insgesamt rund 150 Straßen- und Schienenprojekte und den Kapazitätsausbau der Wasserstraße Mosel zur Bewertung im Rahmen der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans angemeldet. Am 2. Juli 2003 hat die Bundesregierung den neuen Bundesverkehrswegeplan 2003 beschlossen. Auf der Grundlage des BVWP 2003 werden bis voraussichtlich Mitte 2004 die Bedarfspläne Straße und Schiene im parlamentarischen Verfahren beraten und verabschiedet.

Neben der Erhaltung der Verkehrswege sind in Rheinland-Pfalz insgesamt Maßnahmen in Höhe von weiteren 2,2 Mrd. Euro für eine vordringliche Realisierung bis zum Jahr 2015 vorgesehen. Der Anteil des Landes an den Projekten des Vordringlichen Bedarfs konnte damit von 4 % auf rund 4,4 % gesteigert werden. Somit können wichtige Autobahn-Lückenschlüsse wie an der A 1 und der A 63 fertig gestellt werden. Des Weiteren ist der vordringliche Bau von insgesamt 48 Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen vorgesehen, aber auch der Kapazitätsausbau durch den Anbau weiterer Fahrspuren im Autobahn- und im Bundesstraßennetz. Beispielhaft seien der weitere sechsstreifige Ausbau des Mainzer Ringes (A 60), der sechsstreifige Ausbau der A 61 zwischen den Autobahnkreuzen Mutterstadt und Hockenheim im Wege eines Konzessionsmodells, und der weitere abschnittsweise vierstreifige Ausbau der

B 10 zwischen Pirmasens und Landau genannt. Mit dem Ausbau der B 50 sowie dem Neubau des Hochmoselübergangs ist ein weiteres verkehrs- und strukturpolitisch bedeutsames Projekt in Rheinland-Pfalz, nicht zuletzt zur verbesserten Erschließung des Flughafens Hahn, im neuen Ausbauplan der Bundesregierung enthalten. Insgesamt sollen im Land etwa 290 Kilometer Bundesstraßen und Autobahnen neu gebaut oder um zusätzliche Fahrstreifen erweitert werden.

Im Schienenverkehr konnte der Teilausbau der Moselstrecke zwischen Luxemburg-Trier-Koblenz sowie die Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Abschnitt Trier-Landesgrenze bei Igel als Fernverkehrsprojekt im Vordringlichen Bedarf des neuen BVWP verankert werden.

Auf Betreiben der Landesregierung ist der Bau von insgesamt 10 zweiten Schleusen bei den vorhandenen Moselstauufen in den Vordringlichen Bedarf eingestuft worden. Damit werden verbesserte und schnellere Schleusenvorgänge für den gewerblichen Gütertransport sowie im Verhältnis zur Fahrgastschiffahrt ermöglicht. Sperrungen in Zeiten der Revision von Schleusen werden zukünftig entfallen. Die zweite Schleuse Zeltingen ist bereits seit 2002 in Bau, für das Projekt Schleuse Fankel ist das Baurechtsverfahren im Gange.

Entwicklung von rheinland-pfälzischen Güterverkehrszentren

Mit der in den neunziger Jahren begonnenen Einrichtung von Güterverkehrszentren (GVZ) werden die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße im Güterverkehr gestärkt und eine umweltverträglichere Gestaltung des Güterverkehrs durch Verknüpfung mit dem Straßennetz geschaffen. Mit dem Ausbau von Güterverkehrszentren wird gleichzeitig die Standortattraktivität der jeweiligen Region für die Ansiedlung neuer Unternehmen erhöht. Die an den Standorten Koblenz, Trier, Ludwigshafen/ Gernersheim und Wörth in der Realisierungsphase befindlichen Vorhaben können voraussichtlich bis zum Jahr 2010 vollständig verwirklicht werden. Das GVZ Mainz/Rheinhessen mit den Standorten Rheinhafen Mainz und den Gewerbegebiet Bingen-Gaulsheim sowie Bingen-Sponsheim befindet sich derzeit in der Planungsphase. In die Förderung aller fünf GVZ haben das Land Rheinland-Pfalz und der Bund bislang rund 64 Mio. Euro investiert.

Radwegebau

Die in der Koalitionsvereinbarung angeführte Zielsetzung zum forcierten Ausbau des großräumigen Radwegenetzes wird im Rahmen der verfügbaren Investitionsmittel schrittweise umgesetzt. Das rheinland-pfälzische Radwegenetz ist in den Jahren 1980 - 2002 um mehr als 980 km Radwege an klassifizierten Straßen angewachsen. In den Jahren 2001 und 2002 wurden mit einem Kostenaufwand von rd. 27 Mio. DM (rd. 13,8 Mio. Euro) 96 km neue Radwege an klassifizierten Straßen angelegt. Mit Nachdruck wird zurzeit insbesondere der Ausbau im Zuge der Radfernwege des Landes verfolgt. Exemplarisch steht hier der Radweg entlang der B 9 im Bereich des Mittelrheintals zwischen Koblenz und Bingen, das seit 2002 als Welterbe der UNESCO anerkannt ist.

2.8. Tourismus

Nach Untersuchungen der WTO (World Tourism Organization) stellt der Tourismus weltweit die bedeutendste Wachstumsbranche dar. Von diesem Wachstum wird auch das Land Rheinland-Pfalz mit seiner zweitausendjährigen Geschichte, einzigartigen Kulturdenkmälern, vielfältigen Landschaften und dem weltberühmten Wein profitieren. Bereits heute stellen die Tourismuswirtschaft, das Heilbäderwesen und das vorwiegend mittelständisch strukturierte

Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dar, dessen Leistungen unmittelbar auch anderen Wirtschaftszweigen wie dem Handel, dem Handwerk oder den übrigen Dienstleistungen zugute kommen. Jährlich mehr als 20 Mio. Übernachtungen und Umsätze von rund 4,1 Milliarden Euro sowie über 130 000 direkt oder indirekt vom Tourismus abhängende Arbeitsplätze belegen diese Bedeutung eindrucksvoll.

Einen zusätzlichen Schub erhofft sich die Landesregierung durch die Anerkennung des Mittelrheintales als UNESCO-Welterbe. Ein eigenes Förderprogramm für die Modernisierung von Hotel- und Gaststättenbetrieben bzw. Campingplätzen im Rheintal soll hier ebenso wie die Infrastrukturprojekte Rheinsteig (als überregionales linksrheinisches Wanderprojekt von Bonn bis Wiesbaden) und Rheinburgenwanderweg (als Verbindung von 28 Burgen im Mittelrheintal von Bingen bzw. Rudesheim bis Koblenz) neue Impulse setzen.

Darüber hinaus sieht die Landesregierung auch in der stärkeren Akzentuierung des barrierefreien Tourismus eine weitere Entwicklungschance. Sie hat daher zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 den in der Bundesrepublik bisher einmaligen Wettbewerb „Tourismus für Alle“ durchgeführt, um zu neuen kreativen Ansätzen auf dem Feld des barrierefreien Tourismus zu gelangen. Auch das durch das initiierte Projekt ArMont (Ausgestaltung regionaler Mobilitätsdienstleistungen für Nahverkehr und Tourismus) in der Modellregion der Landkreise Ahrweiler und Cochem-Zell berücksichtigt neben den Zielgruppen Wanderer und Radwanderer insbesondere die Belange von mobilitätseingeschränkten Menschen.

2.9. Landwirtschaft und Weinbau

Der größte Teil der rheinland-pfälzischen Landesfläche wird land- und forstwirtschaftlich genutzt; fast jeder zweite Einwohner lebt in den ländlichen Regionen, 70 % der Landesfläche sind ländlicher Raum. Es ist ein Verdienst unserer Landwirtinnen und -wirte sowie der Winzerinnen und Winzer, die Landnutzung und Pflege der Kulturlandschaft flächendeckend und landesweit aufrecht erhalten zu haben.

Unabhängig davon befinden sich Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz in einem tief greifenden strukturellen Anpassungsprozess an die veränderten wirtschaftlichen und agrarpolitischen Rahmenbedingungen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist weiterhin rückläufig. Angesichts der kleinbetrieblichen Struktur ist der Strukturwandel sogar noch schneller verlaufen als im Durchschnitt Deutschlands. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl der Betriebe um durchschnittlich 5 % auf 30.400 Betriebe im Jahr 2002 verringert. Dabei ist die durchschnittliche Betriebsgröße auf 23,3 ha landwirtschaftliche Fläche angewachsen (1999: 20,18 ha).

Die Landwirtschaft steht auch in den nächsten Jahren vor einem großen Anpassungsdruck:

- Eine Intensivierung des internationalen Agrarhandels ist, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen WTO-Verhandlungen im Agrarbereich sowie aus entwicklungspolitischer Sicht, zu erwarten.
- Die EU-Osterweiterung wird zu einem zusätzlichen Wettbewerbsdruck führen und gleichzeitig zusätzliche Absatzmärkte eröffnen.
- Die aktuell beschlossene EU-Agrarreform wird den strukturellen Anpassungsprozess in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft nochmals verstärken.

Die Landesregierung wird daher auch in Zukunft den Anpassungsprozess der Land- und Ernährungswirtschaft nach Kräften unterstützen, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und auf den europäischen und Weltmärkten bestehen können.

Agrarförderung - Förderung des ländlichen Raums

Mit ihrem Entwicklungsplan „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) hat die Landesregierung eine erfolgreiche Neukonzeption der Agrarförderung umgesetzt. Gemeinsam mit den betroffenen Wirtschafts- und Sozialpartnern wurden die anstehenden Probleme vor Ort analysiert und geeignete Lösungswege aufgezeigt. Mit dem Entwicklungsplan ZIL verfügt Rheinland-Pfalz über ein konsistentes Maßnahmenbündel, um speziell die Probleme der Landwirtschaft, des Weinbaus, im Forstbereich aber auch im ländlichen Raum insgesamt zu lösen. Das Programm ist zudem eingebettet in die allgemeine Strukturförderung des Landes (z. B. Verkehrswegebau), wodurch zusätzliche Synergien erzielt werden.

Als besonders Erfolg versprechendes Modell einer integrierten Förderung im ländlichen Raum haben sich dabei auch insbesondere die Entwicklungsschwerpunkte der ländlichen Bodenordnung sowie die Aktionsgruppen der EU-Initiative LEADER+ erwiesen. Quasi am runden Tisch konnten alle Beteiligten vor Ort im Rahmen integrierter regionaler Entwicklungskonzeptionen die erforderlichen Maßnahmen aufeinander abstimmen. Durch den Einbezug von Maßnahmenbereichen, die über den Entwicklungsplan ZIL hinausgehen, konnte eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden. Damit wurden zusätzliche Multiplikatoreffekte für die Entwicklungen im ländlichen Raum ermöglicht.

In den Jahren 2001/2002 sind in Rheinland-Pfalz mehr als 177 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in den Schwerpunktbereichen

- Förderung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft,
- Agrarumweltmaßnahmen und Förderung der benachteiligten Gebiete sowie
- Forsten, Dorferneuerung und Diversifizierung

über den Entwicklungsplan ZIL zur Verfügung gestellt worden. Dies belegt, dass Rheinland-Pfalz mit seinem Entwicklungsplan ZIL einen Schwerpunkt auf die Förderung besonders umweltschonender Produktionsverfahren, die Erhaltung der Kulturlandschaft aber auch auf Investitionen im ländlichen Raum gelegt hat.

Agrarverwaltungsreform

Die Agrarverwaltungsreform, die in Eckpunkten im November 2002 vorgestellt wurde, ist am 01. September 2003 in Kraft getreten. Aus 21 selbständigen Einheiten mit insgesamt elf Außenstellen wurden nun sechs selbständige Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) und vier vorübergehende Außenstellen mit bestimmten landesweiten Zuständigkeitsgebieten für spezielle Bereiche und der erforderlichen Regionalberatung. Ziel der Reform ist ein qualifiziertes Dienstleistungsangebot für den ländlichen Raum durch eine effiziente Agrarverwaltung anzubieten. Die bewährte Einheit von Schule, Beratung und Versuchswesen soll auf einem hohen Niveau gehalten und die Bodenordnung integriert werden.

Mit der Reform werden bis zum Jahr 2015 Einsparungen von rund 40 Prozent bei den Personalkosten und von rund 50 Prozent bei den Sachkosten angestrebt. Betriebsbedingte Kündigungen oder Entlassungen wird es aber nicht geben.

Landesgartenschau

In Rheinland-Pfalz sind Landesgartenschauen als Instrumente regionaler Struktur- und Wirtschaftspolitik konzipiert. Neben der Initiierung einer nachhaltigen Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft sollen infrastrukturelle Entwicklungsbereiche in Stadtentwicklung und Städtebau ökologisch verträglich modernisiert werden. Darüber hinaus sollen qualitativ hochwertige „weiche“ Standortfaktoren in den Bereichen Tourismus, Kultur, Naturschutz und Erholung gestaltet und gesichert werden.

Am 22. April 2004 wird in Trier die zweite rheinland-pfälzische Landesgartenschau auf der militärischen Konversionsfläche Petrisberg eröffnet.

Weinbau

Im Weinbau stellt der Umbruch der Weinmärkte hohe Anforderungen an das unternehmerische Handeln der Betriebe aber auch an die Weinbaupolitik des mit 64 % der bestockten Rebfläche, 71 % der Weinmosternte und 93 % der Weinexporte bundesweit größten Weinbaulandes Rheinland-Pfalz.

Ziel ist dabei die Schaffung von Rahmenbedingungen, die – über eine stärkere Orientierung am Kunden, wettbewerbsfähigen Produktionsstrategien und eine Steigerung der Qualität – möglichst vielen Unternehmen eine zukunftsfähige Absatzperspektive bieten soll. Gleichzeitig soll die Bedeutung des Weins als Kulturgut mit wichtiger Funktion in der Landschaftspflege und bei den Marketing- und Tourismusaktivitäten des Landes erhalten und gestärkt werden. Den hierzu notwendigen Anpassungsprozess unterstützt die Landesregierung durch Gestaltung der Gesetzgebung, durch gezielte Förderschwerpunkte, verstärkte Förderung von Kooperationen sowie durch Mithilfe bei der Suche nach problemorientierten Lösungsansätzen im Wege der Moderation.

Die EU-Weinmarktordnung verfolgt das Ziel, durch Finanzierung der Umstrukturierung das Angebot an die Nachfrage anzupassen. Mit den Umstellungsplänen des Landes wurden die Förder Voraussetzungen festgelegt. Die Umstrukturierung hat sich zu einem bedeutenden Förderschwerpunkt entwickelt. Parallel dazu wurden auf Landesebene Maßnahmen ergriffen, die Qualität der angebotenen Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete den Verbrauchererwartungen anzupassen. So wurden im Laufe dieser Legislaturperiode die Mindestmostgewichte für Qualitätsweine der nördlichen Anbaugebiete angehoben sowie die Mindestmostgewichte bestimmter Prädikatsweine aller Anbaugebiete und der Rebsorte Dornfelder Verbrauchererwartungen entsprechend angepasst.

Weinmarketing

Die Landesregierung hat die Bemühungen und Aktivitäten im Weinmarketing intensiviert und so im wichtigen Exportmarkt Großbritannien vornehmlich im Segment trockener Weine deutliche Impulse für die „new wines of germany“ gesetzt. Nicht zuletzt die bedeutende Anzahl neu gelisteter Produkte unterstreicht den Erfolg der Kommunikationsoffensive, die gemeinsam mit dem Deutschen Weininstitut und wichtigen Exportkellereien initiiert und umgesetzt worden ist.

Die darüber hinaus gehenden Aktivitäten der Landesregierung durch Wein-Events wie *KinoVino* sowie „Wein und Kunst“, Weinpräsentationen bei hochkarätigen Zielgruppenveranstaltungen, der *WeinSommer* oder die Winzerfeste haben national wie international zu einer deutlichen Verbesserung des Rufs heimischer Produkte beigetragen. Belegt wird dies nicht zuletzt durch die sehr gute Berichterstattung in den internationalen Medien über die herausragende Qualität deutscher bzw. rheinland-pfälzischer Weine. Richtungweisend war auch der internationale Rieslingwettbewerb „best of Riesling“ sowie die Unterstützung des Silvaner-Symposiums.

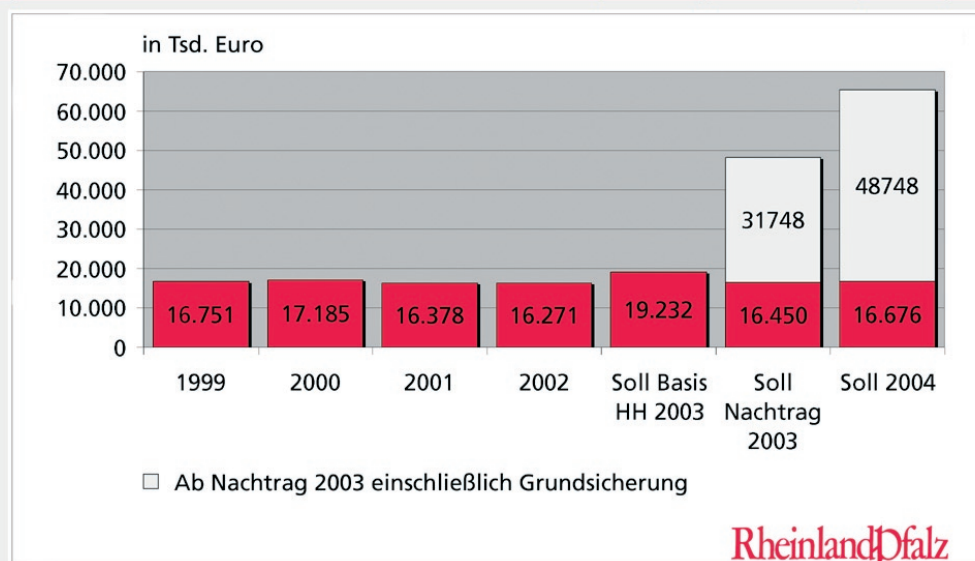
3. Soziales und Gesundheit

In unserer Gesellschaft kommt der Förderung der sozialen Integration, dem Zusammenleben der verschiedenen Generationen und dem Schutz der Würde von Menschen, die in Not geraten, eine entscheidende Bedeutung zu. Sie bilden die Grundlage einer fairen Gesellschaftsordnung nach menschlichem Maß.

Nach wie vor spielt die Familie für den Zusammenhalt der Gesellschaft die bedeutsamste Rolle. Auch wenn sich die Formen und Lebensweise der Familie in den letzten Jahrzehnten geändert hat, so bildet sie gleichwohl den unangefochtenen Lebensmittelpunkt für die meisten Menschen in unserem Land.

Die Landesregierung hat es sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, die Zukunft der Familie zu sichern und das Miteinander der Generationen zu fördern. Diesem Ziel dienen politische Initiativen und Programme auf zahlreichen Feldern. Auch die politischen Maßnahmen in dieser Legislaturperiode sind darauf ausgerichtet, den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Hilfe in Risikolagen zu gewährleisten und zugleich einen stabilen Rahmen für das soziale Miteinander zu schaffen.

Landesmittel zur Armutsbekämpfung 1999-2004



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Rheinland-Pfalz



3.1. Familie fördern

Bundesweiten Vorbildcharakter hat die erfolgreiche Erziehungshilfeoffensive, die das Land zur Unterstützung der öffentlichen und freien Träger bei der Reform der Hilfen zur Erziehung gestartet hat. Die Erziehungshilfeoffensive bündelt unterschiedliche Förder- und Steuerungsinstrumente für eine bedarfsorientierte Familien- und Jugendhilfepolitik.

Ein neu gebildeter Landesbeirat für Familienpolitik ermöglicht den Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Zielverständigung zwischen den familienpolitisch relevanten Kräften in Rheinland-Pfalz und dient damit der weiteren Profilierung der Familienpolitik.

Um auch Familien mit niedrigem Einkommen einen gemeinsamen Urlaub zu ermöglichen, fördert das Land die Familienerholung. Auch die Familienbildungsstätten, deren Arbeit auf eine Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz gerichtet ist, werden vom Land unterstützt. Im April 2003 wurde ein neuer „Ratgeber Familie“ veröffentlicht, der über alle für Familien wichtigen Leistungen und Hilfen informiert.

Um das reformierte Kindschaftsrecht kinderfreundlich umzusetzen, haben sich in einer Reihe von Jugendamts- und Amtsgerichtsbezirken multiprofessionell besetzte Arbeitskreise „Trennung und Scheidung“ gebildet, in denen Familiengericht, Anwaltschaft, Jugendamt und soziale Beratungsstellen kooperieren. Mit Unterstützung des Landes haben sich die Arbeitskreise zu einer Landeskonferenz zusammengeschlossen. Das Land setzt sich dafür ein, in weiteren Bezirken Arbeitskreise zu etablieren.

Die Familien werden zudem in starkem Maße durch die neuen Initiativen der Landespolitik im Bereich der Kinderbetreuung und durch die Einführung der Ganztagschule entlastet. Diese Maßnahmen belegen beispielhaft, wie verschiedene Politikfelder wechselseitig füreinander nutzbar gemacht werden und in diesem Falle insgesamt eine umfassende, familienfreundliche Politik begründen.

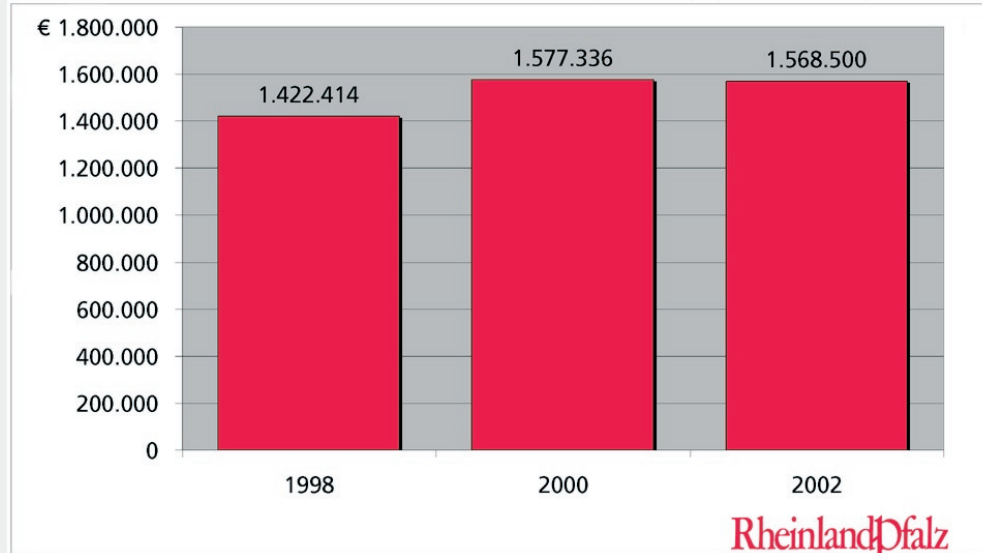
3.2. Frauen und Gender-Mainstreaming

Die Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist und bleibt ein nachhaltig verfolgtes Ziel der Landesregierung. Das Ziel einer grundsätzlichen Chancengleichheit wird nicht allein mit gezielten Maßnahmen einer Frauenförderung angestrebt, sondern es ist nunmehr die Grundlage einer langfristigen und auf alle Bereiche ausgerichteten politischen Strategie, die als Gender-Mainstreaming-Strategie in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Grundidee dieser Strategie liegt in dem Ansatz, fortlaufend und auf allen Gebieten die Fragen nach einer Gleichstellung von Frauen und Männern zum festen Bestandteil von Diskussionen und Entscheidungen zu machen.

In diesem Sinne ist die Gender-Mainstreaming-Strategie ein ressortübergreifender Ansatz, der etwa im Bereich der Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ebenso zum Tragen kommt wie bei der Besetzung öffentlicher Gremien.

Um Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei Wiedereinstieg nach der so genannten Familienphase abzubauen, hat die Landesregierung das erfolgreiche „Arbeitsmarktpolitische Programm zur Ein- bzw. Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben“ mit besonderer Akzentuierung auf die Gruppe der allein erziehenden Sozialhilfeempfängerinnen weiterentwickelt und fortgeführt. Der Erfolg spricht für sich: Die Integrationsrate lag trotz schlechter Rahmenbedingungen zuletzt über 62 Prozent.

Arbeitsmarktpolitisches Programm für Frauen



Quelle: Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, Rheinland-Pfalz

Zur effizienteren Bekämpfung von Beziehungsgewalt im Nahbereich wurde im Oktober 2000 das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) gestartet. Unter Beteiligung von über 400 Fachleuten ist es in Zusammenarbeit mit den 15 regionalen Runden Tischen dabei gelungen, die Grundlagen für eine landesweite Vernetzung und Koordination aller staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, die zu Beziehungsgewalt arbeiten, zu schaffen. Den zunächst zwei Interventionsstellen, die eine aufsuchende und aktive Aufgabenstellung haben, sollen weitere folgen. Mit dem von der Landesregierung in den Landtag eingebrachten Entwurf zur Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes sowie einer Vielzahl flankierender Maßnahmen zum Gewaltschutzgesetz wurde und wird die Situation von Frauen und deren Kindern verbessert.

3.3. Gesundheit

Mitwirkung an den wichtigsten gesundheitspolitischen Gesetzesänderungen auf Bundesebene

Die Landesregierung konnte durch inhaltliche Mitwirkung und direkte persönliche Beteiligung die wichtigsten gesundheitspolitischen Gesetzesänderungen auf Bundesebene in den vergangenen zwei Jahren mitgestalten. Besonders hervorzuheben ist das im Oktober 2003 beschlossene GKV-Modernisierungsgesetz (Berliner Konsens).

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit hat hierzu im Vorfeld der Gesundheitsreform 2003 umfangreiche Konzepte vorgelegt, die durch die direkte Beteiligung der rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerin Malu Dreyer in das anstehende Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden konnten. Zu nennen sind hier insbesondere die hausarztgeleitete Versorgung sowie integrierte Versorgungsformen, die eine abgestimmte Kooperation von ambulantem und stationärem Sektor ermöglichen sollen.

Gesundheitsförderung

Eine besondere Schwerpunktaufgabe der rheinland-pfälzischen Landesgesundheitspolitik besteht in der Initiierung und Durchführung zahlreicher Projekte zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit, Beispiele sind eine Initiative zur Prävention des plötzlichen Säuglingstods in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und weiteren Beteiligten, eine Folsäure-Kampagne zur Vermeidung von frühkindlichen Schäden durch Folsäuremangel bei der Mutter unter Beteiligung der Universitätsklinik, Selbsthilfeinitiativen und der Ärzteschaft sowie das Kooperationsprojekt „Brust Life“, das sich auf die Früherkennung von Brustkrebs richtet. Durch die hervorragende Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege, nimmt Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich bei der Zahngesundheit von Kindern und Jugend mittlerweile den Spitzenplatz ein. Ein weiterer Schwerpunkt der Gesundheitsförderung ist der Aufbau gesundheitsfördernder regionaler Strukturen in den Landkreisen des Landes Rheinland-Pfalz.

Gesundheitsförderung lebt insbesondere auch vom Engagement ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger. Die Landesregierung hat aus diesem Grund ihre Projektförderung für die Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen weiter ausgebaut und fördert jährlich cirka 100 bis 150 Gruppen.

Weiterentwicklung der Versorgung in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern

Besonders hervorzuheben ist, dass es der Landesregierung durch Moderation und fachkompetente Beratung der Krankenhausträger gelungen ist, in allen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz die stationäre Versorgung der Bürgerinnen und Bürger auch unter schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen zu erhalten – insbesondere durch die Einrichtung von Krankenhausverbänden. Wesentliche inhaltliche Vorgaben der Landeskrankenhausplanung wie die Regionalisierung der psychiatrischen Versorgung, die Ausweisung von Schlaganfalleneinheiten und schmerztherapeutischen Tageskliniken sowie von onkologischen Tageskliniken und die Einrichtung von Palliativ-Stationen wurden umgesetzt.

Öffentlicher Gesundheitsdienst und Gesundheitsschutz

Die Terroranschläge am 11. September 2001 führten zu einer Verschiebung von Prioritäten im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Gesundheitsschutzes. Im Rahmen der Maßnahmen zur Gefahrenabwehr hatte das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit die Federführung bei der Neuaufstellung von Alarmplänen, dem Aufbau ergänzender Frühwarnsysteme und der konkreten Organisation vorkehrender Maßnahmen zur Abwehr möglicher Gefahren durch bioterroristische Anschläge (Milzbrand, Pocken). Durch optimale Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, dem Landesuntersuchungsamt und den kommunalisierten Gesundheitsämtern ist es gelungen, bereits in kurzer Frist die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung auf potentielle Gefahren durch Biowaffen zu organisieren.

3.4. Soziales

Qualitätsoffensive „Menschen pflegen“

In einer humanen Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, den Menschen zu jeder Zeit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das gilt ganz besonders für Lebensabschnitte, in denen sie vorübergehend oder dauerhaft pflegebedürftig sind. Zur Sicherung einer menschlichen, qualitativ hochwertigen, aber auch wirtschaftlichen Pflege hat die Landesregierung eine Qualitätsoffensive „Menschen pflegen“ initiiert. Im Zuge dieser Qualitätsoffensive werden die zahlreichen laufenden und neu geplanten Maßnahmen auf Landesebene zu einem wirkungsvollen „Pflegepaket“ geschnürt. Insbesondere geht es darum, ein gemeinsames Qualitätsverständnis aller Beteiligten zu entwickeln und Wege aufzuzeigen, wie auf dieser Basis ein hohes Qualitätsniveau erreicht werden kann, dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen ist, die Situation von Menschen mit Demenzerkrankungen in Rheinland-Pfalz verbessert werden kann und die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen durch umfassende Informationen und verbesserte Mitspracherechte unterstützt werden können.

Selbstbestimmtes Leben – Politik für Menschen mit Behinderungen

„Nichts über uns ohne uns“ - entsprechend diesem Motto des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003 setzt die Landesregierung ihren Paradigmenwechsel in der Politik für Menschen mit Behinderungen fort. Die drei zentralen Forderungen des Europäischen Jahres - Teilhabe verwirklichen, Gleichstellung durchsetzen, Selbstbestimmung ermöglichen - prägen somit auch unsere Politik.

Rheinland-Pfalz hat als erstes Land nach dem Bund ein Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Das Kernstück des Gesetzes, das zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist, bildet die Umsetzung von Barrierefreiheit.

Die Stärkung der Interessenvertretung behinderter Menschen auf kommunaler Ebene ist ein wesentlicher Baustein für die Umsetzung der Gleichstellungsgesetze. Eine besondere Bedeutung hat hierbei die Förderung von Selbsthilfeorganisationen, die im Rahmen des Peer Counseling Menschen mit Behinderungen beraten, unterstützen und auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben schulen.

„Selbst bestimmt leben“ heißt in erster Linie auch, seine Unterstützungsformen frei wählen zu können. Hier hat sich das Modell „Selbst bestimmen – Hilfe nach Maß für Menschen mit Behinderungen“ zu einem Eckpfeiler entwickelt. Es ist bisher auf 25 kommunale Gebietskörperschaften ausgeweitet worden und 600 Menschen mit Behinderungen profitieren von einem „persönlichen Budget“, dem Kernelement des Modells. Damit können sie die Hilfen „einkaufen“, die sie benötigen. Mittlerweile hat dieses Modell Eingang in die Bundesgesetzgebung gefunden.

Selbstständigkeit und Selbstbestimmung älterer Menschen

Fast jeder vierte Rheinland-Pfälzer ist älter als 60 Jahre. Die rheinland-pfälzische Seniorenpolitik unterstützt und fördert die Integration älterer Menschen, die Einbringung ihrer Ressourcen und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Beispielhaft zu nennen sind u.a. die Unterstützung der Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V., ein Modellprojekt zur Qualifizierung von Tutoren für die Beratung von Heimbeiräten, die Senioren-Internet-Kam-

pagne „Wir sind dabei“ und die Unterstützung selbstbestimmter Wohninitiativen von und für ältere Menschen. Auch beteiligt sich das Land seit November 2002 an dem Bundesmodellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen). Dabei handelt es sich um ein Qualifizierungsprogramm für Ehrenamtliche, die über eine umfassende Schulungsreihe Informationen und Anleitungen zur Unterstützung von bürgerschaftlichen Initiativen erhalten.

Das Miteinander der Generationen

Mit dem „Generationenpreis“ des Ministerpräsidenten wird auch in dieser Legislaturperiode das Anliegen der Landesregierung verfolgt, das Zusammenleben der Generationen durch beispielhafte Projekte und Initiativen aus dem ganzen Land zu fördern. Auch im Rahmen der landespolitischen Maßnahmen zur Stärkung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements steht die Aktivierung von Initiativen und Gruppen mit generationenübergreifenden Ansätzen und Zielen im Vordergrund.

3.5. Bauen und Wohnen

Angesichts weitgehend ausgeglichener Wohnungsmärkte konnte die Landesregierung ihre Wohnungsbauprogramme bedarfsgerecht anpassen. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist und bleibt die gezielte Förderung des Wohneigentums. Die wichtigste Zielgruppe ist dabei die Familie. Knapp 56 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte leben in den eigenen vier Wänden. Rheinland-Pfalz liegt mit seiner Wohnungseigentumsquote bundesweit an zweiter Stelle und nirgendwo sonst außer im Saarland steht den Einwohnern mit rund 44,4 Quadratmetern pro Kopf mehr Wohnfläche zur Verfügung als bei uns.

Die stetige Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität bedarf immer neuer Ideen. Im Programm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) fördert das Land Modellprojekte im Wohnungs- und Städtebau. Innovative Entwürfe sollen am gebauten Beispiel konkret angewendet und erprobt werden. Die Mehrzahl der Projekte beschäftigt sich mit kostengünstigen und zugleich umweltgerechtem und energiesparendem Planen und Bauen. Es gibt aber auch Initiativen und Modellvorhaben im sozialen Bereich, etwa zu familiengerechtem und zu altersgerechtem Wohnen. Im Rahmen der Landesgartenschau wird es beispielsweise ein Projekt „Modellwohnen in der Landesgartenschau“ geben. Auf dem Gelände der Landesgartenschau werden zwölf Wohnhauskonzepte realisiert, die sich auf unterschiedliche Weise und mit vorgegebenem Gestaltungsanspruch mit dem Thema „Zukunftswohnen“ auseinandersetzen. Vom Passivhaus und Bauen mit Holz über Mehrgenerationenwohnen bis zum Thema „Wohnen und Arbeiten“ reicht die Palette.

Bauforum

Das Sammeln und Aufbereiten von Daten für Verbraucher und Fachleute ist eine zentrale Aufgabe der Informations- und Wissensgesellschaft. Das Bauforum Rheinland-Pfalz, das auf Initiative der Landesregierung 1999 gegründet wurde und in dem Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammenarbeiten, ist inzwischen zu einer der wichtigsten Institutionen für den Wissenstransfer im Bereich Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz geworden. Neben der Aufarbeitung der Modellprojekte wurden und werden aktuelle Themenschwerpunkte wie „energieoptimiertes Bauen“, „Zukunftsmarkt Bauen im Bestand“ sowie „gesundes Wohnen in Alt- und Neubau“ in Fachveranstaltungen und Dokumentationen aufgegriffen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse auch in einer Internet-Datenbank präsentiert.

4. Bürger und Staat

Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend und in mehreren Schüben verändert. Galt es zunächst die Tradition des Obrigkeitsstaats zu überwinden, so zeichnet sich überdies seit geraumer Zeit auch eine Fortentwicklung des Wohlfahrts- und Sozialstaates ab, wie er noch die ersten Nachkriegsjahrzehnte in Deutschland geprägt hat. Heute stehen der Wunsch nach demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung, aber auch der Wunsch, Verantwortung in immer mehr Lebensbereichen zu übernehmen, für ein neues, bürgergesellschaftliches Selbstverständnis. Die staatlichen Einrichtungen begegnen diesen neuen Ansprüchen, in dem sie sich einerseits den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Wünschen nach Mitwirkung öffnen und in dem sie andererseits effiziente und moderne Dienstleistungen für alle anbieten. Die Landesregierung hat sich seit langem die Förderung beider Ziele zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht: Sie fördert Bürgersinn und Bürgerengagement in allen Bereichen und stärkt damit Verantwortungsbereitschaft und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen; sie betreibt jedoch konsequent auch die Modernisierung aller Verwaltungsbereiche und Dienstleistungen mit dem Ziel steigender Effizienz und Transparenz.

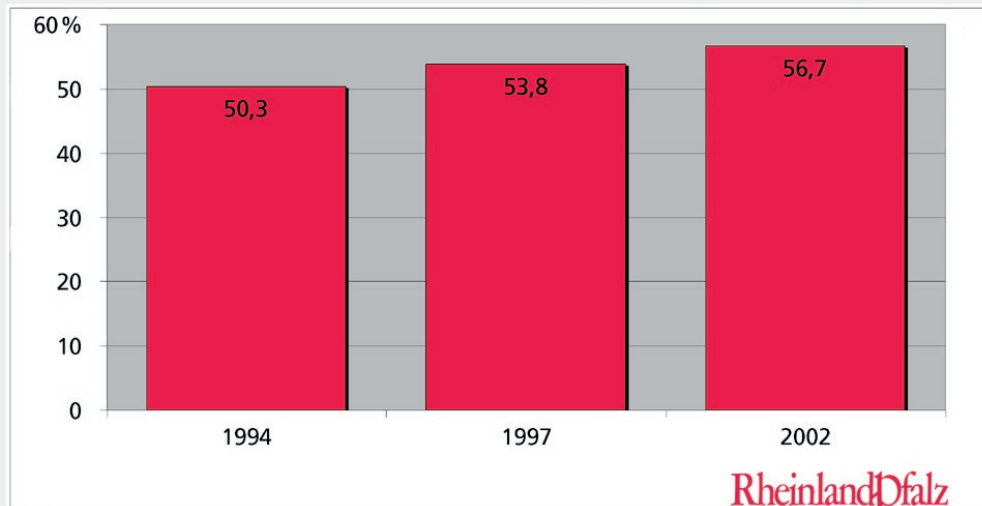
Der Tag der Deutschen Einheit 2001

Das neue Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat fand einen treffenden Ausdruck bei den Feiern zum Tag der Deutschen Einheit 2001 in der Landeshauptstadt Mainz, zu denen der Ministerpräsident als Bundesratspräsident eingeladen hatte. Rheinland-Pfalz war Gastgeber des Bundespräsidenten, des Bundestagspräsidenten, des Bundeskanzlers und der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts sowie zahlreicher Repräsentanten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Deutschland und seinen Nachbarländern. Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern nahmen mit Interesse und Freude an den zahlreichen Veranstaltungen und Feierlichkeiten teil. Sie fanden erstmals neben dem Gedenken an die deutsche Vereinigung auch unter dem Motto des bürgerschaftlichen Engagements statt, um die Bedeutung des aktiven Bürgersinns für unser Zusammenleben hervorzuheben.

4.1. Innere Sicherheit

Die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz genießt weiterhin einen hohen Stellenwert. Die Aufwendungen in diesem Bereich wurden insbesondere nach dem 11. September 2001 noch einmal verstärkt. Insgesamt wurde ein Sicherheitspaket in Höhe von 50 Mio. Euro auf den Weg gebracht, das zur Verbesserung in den Bereichen der Polizei, der Feuerwehr, dem Katastrophenschutz und des Verfassungsschutzes geführt hat. Neben Verbesserungen beim Personal wurde insbesondere im Bereich der Technik und des Fuhrparks erheblich investiert, so dass Rheinland-Pfalz gerade bei der technischen Ausstattung im Polizeibereich eine Spitzenposition im bundesweiten Vergleich einnimmt, was sich letztendlich auch bei der hervorragenden Aufklärungsquote widerspiegelt.

Polizeiliche Kriminalstatistik: Entwicklung der Aufklärungsquote 1994-2002



Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz



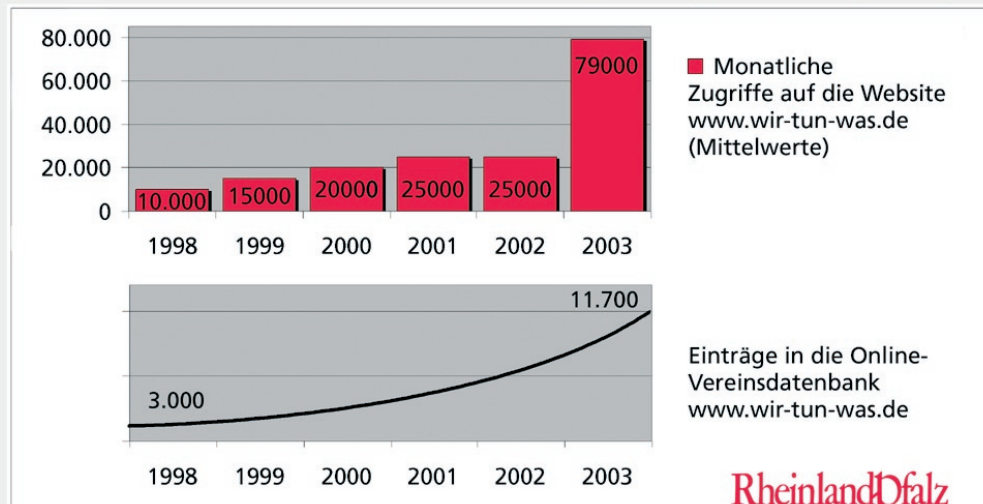
Mit der Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes, des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes und des Rettungsdienstgesetzes wurde den Polizeibeamten, der Feuerwehr und den Mitarbeitern im Rettungsdienstbereich moderne Gesetzeswerke an die Hand gegeben, die die Entwicklungen und Erfahrungen der letzten Jahre berücksichtigen und erheblich zur Erleichterung der Arbeit und zur Rechtsicherheit beitragen, um die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz in bewährter Art und Weise weiterhin zu gewährleisten.

Nach Auffassung der Landesregierung geht von den extremistischen Bestrebungen jedweder Couleur nach wie vor eine hohe Gefahr aus, deren Bekämpfung im Rahmen der geltenden umfassenden Sicherheitskonzeption höchste Priorität genießt. Zur Sicherung einer wehrhaften Demokratie ist die Aufklärungsarbeit sowie die konsequente und dauerhafte Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus sowie des ausländer- und islamistischen Extremismus ein Aufgabenschwerpunkt des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes.

4.2. Bürgerschaftliches Engagement

Auch in dieser Legislaturperiode hat die Landesregierung auf breiter Front die Stärkung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vorangetrieben. Mittlerweile sind durch die Initiative „Wir tun was“ rund 12.000 Vereine, Gruppen und Initiativen in Rheinland-Pfalz in ein gemeinsames Kommunikations- und Arbeitsnetzwerk im Internet eingebunden. Der Informationsaustausch und der Zugang zu gemeinsamen Fortbildungen und Schulungen wird dadurch ebenso gefördert wie die Suche von Engagementwilligen nach angemessenen Mitwirkungsmöglichkeiten in ihrem Umfeld.

Kommunikation und Informationsaustausch von Freiwilligen. Nutzung der Homepage „www.wir-tun-was.de“



Quelle: KEVAG Telekom GmbH, Koblenz

Rheinland-Pfalz

Ein Schwerpunkt der Landesaktivitäten im Bereich freiwilliges Engagement war in den letzten beiden Jahren die Förderung und Aktivierung der Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene und die Stärkung von sog. „public-private-partner-ships“, in denen sich kommunale öffentliche Institutionen und Freiwillige in gemeinsamen Projekten zu Gunsten des Gemeinwohls engagierten. Dabei spielt das wachsende Engagement auch des Unternehmensbereichs eine zentrale Rolle. Mit der Ausarbeitung eines übergreifenden Versicherungsschutzes für Freiwillige im Bereich der Haftpflicht- und Unfallversicherung durch das Land schafft die Landesregierung eine wichtige Voraussetzung für eine von Risiken weitgehend befreiten Ausübung freiwilliger und bürgerschaftlicher Aktivitäten. Mit diesem Versicherungsmodell hat das Land bundesweit Maßstäbe gesetzt.

Auch auf Bundesebene hat das Land Rheinland-Pfalz durch engagierte Mitarbeit in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Die Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und im Rahmen des daraus entstandenen „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement geleistet.

4.3. Sport

Die Förderung des Sports und der Sportorganisationen wurde in den Jahren 2001 bis 2003 auf hohem Niveau und sehr engagiert und differenziert weitergeführt. Das Land hilft beim Bau und bei der Modernisierung von Sportstätten und fördert über den Landessportbund die Arbeit der Verbände und jedes einzelnen Vereins. Das bewährte Sonderprogramm für Vereine mit eigenen Anlagen wurde in den vergangenen Jahren mehrfach erhöht und die Tätigkeit der Übungsleiter gezielt und großzügig gefördert.

Die Struktur des rheinland-pfälzischen Sports ist seit vielen Jahren Thema in der politischen Diskussion. Mit der eingerichteten Strukturkommission sollen konkrete Effektivierungs-, Verschlanungs- und Einsparpotentiale im rheinland-pfälzischen Sport definiert und umgesetzt werden.

Die Landesregierung ist stolz darauf, dass das Fritz Walter-Stadion in Kaiserslautern Austragungsort für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sein wird. Wegen seiner infrastrukturellen, touristischen und sportpolitischen Bedeutung unterstützt das Land den Stadionausbau in Kaiserslautern mit 15,3 Mio. Euro in den kommenden Jahren. Um deutlich zu machen, dass von einem solchen großen Ereignis der gesamte Sport - und nicht nur der Fußball - profitiert, stellt die Landesregierung für den allgemeinen Sportstättenbau jeweils 3 Mio. Euro jährlich ab 2002 für fünf Jahre zusätzlich zur Verfügung.

4.4. Zuwanderung und Integration

Eine der großen Herausforderungen unserer Zeit ist es, das Zusammenleben von Zuwanderern und Einheimischen zu gestalten und eine erfolgreiche Integration der Zugewanderten zu fördern. Dabei ist Integration stets als wechselseitiger Prozess zu verstehen, an dem alle Beteiligten mitwirken müssen. Ziel der Landespolitik ist, das Zusammenleben in der Einwanderungssituation in den Rang gesellschaftlicher Normalität zu befördern.

Im Mittelpunkt der bundespolitischen Debatte stand im Berichtszeitraum das Zuwanderungsgesetz, das einen erheblichen Raum in der Öffentlichkeitsarbeit der Ausländerbeauftragten der Landesregierung einnahm.

Für die Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik und die Erarbeitung konkreter Handlungsansätze sind die konzeptionelle Arbeit, die Erstellung von Studien und Expertisen, die Durchführung von Fachtagungen und Foren, die Förderung von Projekten sowie der Informations- und Meinungsaustausch mit Fachleuten und Wissenschaftlern von ausschlaggebender Bedeutung.

In den letzten Jahren sind u.a. folgende Studien und Expertisen erstellt worden:

- Studie zur Bildungssituation von Migrantinnen der zweiten Generation
- Fachtagung „Fremdsprachige Medien im Integrationsprozess“
- III. Integrationsforum Rheinland-Pfalz (Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz)
- Informationsveranstaltung zum Islamismus (in Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz)
- IV. Integrationsforum Rheinland-Pfalz (Bilanz und Perspektiven der Integrationspolitik)
- Analyse der Ausländerbeiratswahlen

Auf Initiative der Ausländerbeauftragten wurde im August 2002 die landesweite „**Rheinland-Pfälzische Initiative für Integration (RIFI)**“ gegründet. Die Aufgabe des Gremiums ist es, das landesweit vorhandene Fachwissen und die Praxiserfahrungen in der Integrationsarbeit zu bündeln, zu vernetzen und mit neuen Impulsen zu versehen.

Das Gelingen der Integration hängt in erheblichen Maße von der möglichst konsequenten Vermittlung der interkulturellen Kompetenz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ab. Die Landesbeauftragte für Ausländerfragen unterstützt und fördert daher Maßnahmen, die helfen können, Fortbildungsangebote zu diesem Thema zu entwickeln und zu erproben. So initiierte und führte sie im Berichtszeitraum als erstes dieser Art das landesweite Pilotprojekt „Interkul-

turelle Kompetenz für Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung“ durch (2000-2002, Dokumentation liegt vor). Ein Anschlussprojekt - in Kooperation mit der Kreisverwaltung Germersheim in Form einer Inhouse-Schulung - hat im Juli 2003 begonnen.

Daneben bildet die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Schwerpunkt der Integrationsarbeit.

4.5. Modernisierung der Justiz

Die Modernisierung der rheinland-pfälzischen Justiz wurde kontinuierlich fortgesetzt. In Kaiserslautern wurde ein neu errichtetes Justizzentrum bezogen. Zahlreiche Gerichtsgebäude wurden generalsaniert. Die IT-Ausstattung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen des Landes wurde weiter ausgebaut. Die Fachgerichtsbarkeiten wurden flächendeckend mit neuer Informationstechnologie ausgestattet. Die Einführung des elektronischen Grundbuchs steht kurz vor dem Abschluss. Die Justiz präsentiert sich im Internet mit einer barrierefreien Homepage mit zahlreichen Informationsangeboten und einem kostenfreien Zugriff auf die wichtigsten rheinland-pfälzischen Rechtsvorschriften. Insolvenzbekanntmachungen sind online abrufbar, wodurch erhebliche Kosten eingespart werden.

Moderner und sicherer Strafvollzug

Der moderne Strafvollzug des Landes wurde weiter ausgebaut. Mit der Schaffung von 150 zusätzlichen Stellen für Justizvollzugsoberssekretäranwärter (Laufbahn des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes) hat die Landesregierung die Situation in rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert. Daneben wurde die Kapazität der Justizvollzugseinrichtungen in Diez, Frankenthal (Pfalz), Schifferstadt und Zweibrücken erweitert. In Rohrbach wurde eine neue Justizvollzugsanstalt mit 533 Haftplätzen in Betrieb genommen.

Opferschutz

Die Errichtung einer Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz wurde erfolgreich abgeschlossen.

Rechtssetzung

Die Juristenausbildung wurde grundlegend reformiert. Zukünftig werden die Universitäten die Möglichkeit haben, selbständig Schwerpunktbereiche mit Wahlmöglichkeiten festzulegen und damit ihr Profil zu schärfen. Das Studium wird mehr interdisziplinäre und internationale Bezüge aufweisen, insbesondere muss der Besuch einer fremdsprachigen rechtswissenschaftlichen Veranstaltung oder eines rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkurses nachgewiesen werden. Darüber hinaus wird die Vorbereitung auf den Anwaltsberuf verstärkt.

Mit der Verabschiedung eines neuen Nachbarrechtsgesetzes wurden klare und verständliche Regelungen betreffend die Grenzabstände im Weinbau und von Hecken geschaffen.

Bioethik-Kommission des Landes Rheinland-Pfalz

Der Abschlussbericht Bericht zur medizinischen, ethischen und juristischen Bewertung der Forschung an humanen embryonalen Stammzellen lag im Jahr 2002 vor. Er bietet einen umfassenden Einblick in die aktuelle Entwicklung der biomedizinischen Forschung und zeigt die aktuellen und denkbaren Folgewirkungen der Stammzell- und Embryonenforschung, insbesondere des Stammzellgesetzes vom 23. August 2002, aus ethischer, sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Perspektive auf.

Derzeit befasst sich die Bioethik-Kommission mit dem Problem der Sterbebegleitung und Sterbehilfe. Die Kommission erwägt, dem Gesetzgeber die Regelung von Fragen der Selbstbestimmung am Lebensende zu empfehlen.

4.6. Entlastung der Kommunen

Zur Entlastung der Kommunen und Stärkung ihrer Selbstverwaltungskraft initiierte die Landesregierung eine Überprüfung aller Gesetze und Rechtsverordnungen des Landes dahingehend, ob darin enthaltene kommunalrelevante Standards verändert, verringert oder gestrichen werden können. Neben der Einbringung eines Ersten Standardflexibilisierungsgesetz, als einem Schritt auf diesem Weg, werden die einzelnen Ministerien bis zum Frühjahr des nächsten Jahres untersuchen, welche weiteren Rechtsänderungen konkret umgesetzt werden können. Die Landesregierung hat dazu bereits in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Rechtsvorschriften erlassen, die Flexibilisierungsmaßnahmen zu Gunsten der Kommunen enthalten.

Trotz der schwierigen Haushaltslage ist sich die Landesregierung ihrer Verpflichtung gegenüber den rheinland-pfälzischen Kommunen bewusst.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen

Zur Sicherung der kommunalen Entwicklung wurden insbesondere für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und für gemeindliche Infrastruktureinrichtungen, wie in den vergangenen Jahren auch, erhebliche Fördermittel der städtebaulichen Erneuerung, des Investitionsstockes und der Dorferneuerung zur Verfügung gestellt. Durch veränderte Förderkriterien sollen Anreize für die Kreise, Städte und Gemeinden geschaffen werden, um im kommunalen Bereich stärker als bisher zu kooperieren.

Kommunen und Konversion

Ein weiterer Schwerpunkt der Förderung lag bei der militärischen und zivilen Konversion. Die erfolgreiche Konversionspolitik der letzten zwölf Jahre bei der Umnutzung militärischer Liegenschaften und Objekte soll nun bei der Entwicklung der zahlreichen Gewerbe- und Bahnbranchen in innerstädtischen Lagen fortgeführt werden. Die neu geschaffene Entwicklungsagentur soll dabei wichtige Impulse dafür geben, um insbesondere die Nachhaltigkeit von Konversionsfördermaßnahmen zu überprüfen.

Sicherung der militärischen Standorte

Daneben hat die Landesregierung ihre Bemühungen zur Sicherung der militärischen Standorte in Rheinland-Pfalz verstärkt. Hierzu gehört in erster Linie die Unterstützung der Landesregierung bei der Verlegung des Militärflughafens Rhein-Main nach Ramstein und Spangdahlem, bei dem sich die Investitionskosten auf rund 1,6 Mrd. Euro belaufen. Diese Gesamtausgaben strömen je nach Sachbereich in unterschiedlichem Maße in den rheinland-pfälzischen Wirtschaftskreislauf und führen zu so genannten Multiplikatoreffekten. Darüber hinaus hat die Landesregierung der amerikanischen Regierung ein Konzept vorgelegt, um die Attraktivität der Standorte, insbesondere für die hier stationierten Soldaten und ihre Familien, zu erhöhen.

4.7. Verwaltungsmodernisierung

Die Modernisierung der Verwaltung ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Ziel ist eine moderne, kostengünstige und noch effizienter arbeitende, und zugleich bürgerfreundliche Dienstleistungsverwaltung. Mit der Auflösung der drei Bezirksregierungen zum 1. Januar 2000 wurden funktionale Organisationseinheiten - im Gegensatz zu den bislang regional ausgerichteten Bezirksregierungen mit weitgehend parallelen Aufgabenfeldern - geschaffen. Dadurch wird die Landesverwaltung gestrafft, die Arbeit beschleunigt und vereinfacht sowie der öffentliche Haushalt entlastet. Die Landesregierung ist sicher, dass durch die Reformen im Vermessungs- und Katasterwesen, in der Sozialverwaltung, im Forstbereich und bei den Kulturämtern sowie die Gründung der Landesbetriebe, Landesbetrieb Liegenschaft- und Baubetreuung (LBB), Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV) und Landesbetrieb Daten und Information (LDI) Verwaltungseinheiten geschaffen wurden, die diesem Vorhaben Rechnung tragen.

Modernisierung der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung

Die rheinland-pfälzische Steuerverwaltung hat kontinuierlich ihre Effizienz und Effektivität erhöht. Vor allem im Bereich der Bürgerfreundlichkeit werden durch vielfältige und tief greifende Maßnahmen in der Ablauf- und Aufbauorganisation der Finanzämter - wie z.B. der Einrichtung von Service-Centern oder der Existenzgründerberatung - neue Wege beschritten.

Ein wichtiger Meilenstein zur Reform der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung war der mit Wirkung vom 1. Januar 2003 erfolgte Neuzuschnitt der Finanzamtsbezirke von 37 auf 26 mit der entsprechenden Zusammenlegung von Finanzämtern. Dabei werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzämter auch künftig in gleichem Umfang wie bisher für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein und die Präsenz der Steuerverwaltung in der Fläche ist nach wie vor gegeben. Um eine weitere Optimierung der Verwaltungsstrukturen und des Bürgerangebotes zu gewährleisten, nimmt die rheinland-pfälzische Finanzverwaltung an dem von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Projekt „Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern“ teil. Im Rahmen einer Kundenbefragung haben die rheinland-pfälzischen Finanzämter dabei mit der Durchschnittsnote von 1,93 ein gutes Ergebnis erreicht, welches nicht nur Lob, sondern zugleich Ansporn für die Zukunft ist.

Korruptionsbekämpfung/Vertrauensanwalt für die Landesregierung

Für einen Rechtsstaat ist die Integrität der öffentlichen Verwaltung von zentraler Wichtigkeit. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz bemüht sich deshalb aktiv, Korruption in der Verwaltung zu unterbinden und geht mit aller Konsequenz gegen Korruption vor, zur Abwehr von Schäden für das Land und zum Schutz ihrer seriösen Vertragspartner. Neben den bisherigen Elementen der Korruptionsbekämpfung, z. B. dem Verzeichnis unzulässiger Bewerber, hat die Landesregierung mit Ministerratsbeschluss vom 29. April 2003 die Funktion eines „Vertrauensanwalts“ für die Bekämpfung von Korruption in der Landesverwaltung eingeführt.

Mit der Einrichtung eines Vertrauensanwaltes soll die Zielgruppe auf Seiten der öffentlichen Bediensteten und der Geschäftspartner der öffentlichen Hand erreicht werden, die an einer Aufklärung oder einem Ausstieg aus der Korruption interessiert sind, ihre Identität aber nicht oder nur unter bestimmten Umständen preisgeben wollen. Der Vertrauensanwalt nimmt vertraulich Mitteilungen entgegen, aus denen sich der Verdacht von Korruption oder anderen schwerwiegenden Verfehlungen gegen das Land ergibt. Ziel seiner Arbeit ist die Aufklärung von Korruptionssachverhalten und die Herauslösung von darin verwickelten Personen zum Schutz der und zur Sicherung des Vertrauens in die Verwaltung.

5. Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren auf verschiedenen Feldern zu einem Gestaltungsmaxime für politisches Handeln entwickelt. Eine Entwicklung gilt in diesem Sinne als nachhaltig (sustainable), wenn der Einsatz von Ressourcen grundsätzlich in Abhängigkeit von ihrem prognostizierbaren Nach- und Aufwachsen erfolgt. In der politischen Diskussion hat sich dies Verständnis von nachhaltiger Entwicklung zunächst auf dem Feld der Umweltpolitik herausgebildet und das Postulat zu einem vorausschauenden und schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen entstehen lassen. Die Landesregierung hat die Umweltpolitik in und für Rheinland-Pfalz schon seit Jahren nach diesem Grundsatz der Nachhaltigkeit gestaltet, und sie hat diesen umweltpolitischen Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung auch in der laufenden Legislaturperiode beibehalten.

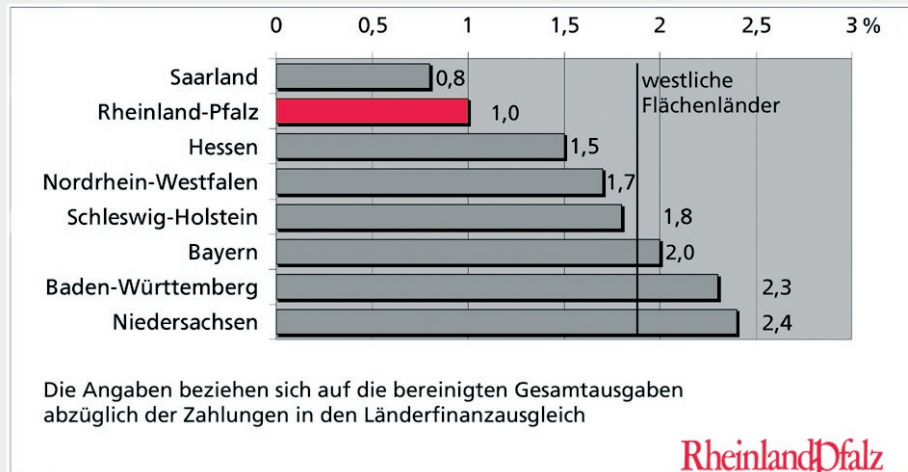
Das Prinzip der Nachhaltigkeit erweist sich jedoch über den Bereich der Umweltpolitik hinaus auch für den Bereich der öffentlichen Haushalte und Finanzen als ein hochbedeutsamer Grundsatz. Er schärft den Blick für einen verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen und koppelt die Debatte um öffentliche bzw. staatliche Aufgaben sinnvollerweise an die Diskussion um die mittel- und längerfristige Entwicklung der Staatseinnahmen. Insbesondere im Blick auf die Belastungen und Gestaltungs- und Handlungsspielräume künftiger Generationen bietet eine Ausrichtung am Grundsatz der Nachhaltigkeit die Chance zu einer verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Politik. Aus diesem Grund hat sich die Landesregierung auch im Bereich von Haushalt und Finanzen dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung verschrieben und ihre haushalts- und finanzpolitischen Planungen auf eine dynamische Balance von Einnahmen und Ausgaben und somit auf die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung ausgerichtet.

5.1. Haushalt und Finanzen

Mittelfristiger Ausgleich des Landeshaushaltes

Ziel der Landesregierung ist es - insbesondere im Interesse der zukünftigen Generationen - trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den Landeshaushalt mittelfristig auszugleichen. Die seit nunmehr fast drei Jahren andauernde wirtschaftliche Stagnationsphase und die massiven Steuersenkungen der letzten Jahre haben allerdings im Landeshaushalt insgesamt zu Mindereinnahmen von rund drei Milliarden Euro geführt. In ihrer zweitägigen Haushaltsklausur im November 2002 zog die Landesregierung Konsequenzen und traf weit reichende Sparbeschlüsse. Zunächst für den Nachtragshaushalt 2003 als auch für die Jahre 2004 und 2005 wurden Kürzungen von fast 360 Mio. Euro pro Haushaltsjahr beschlossen.

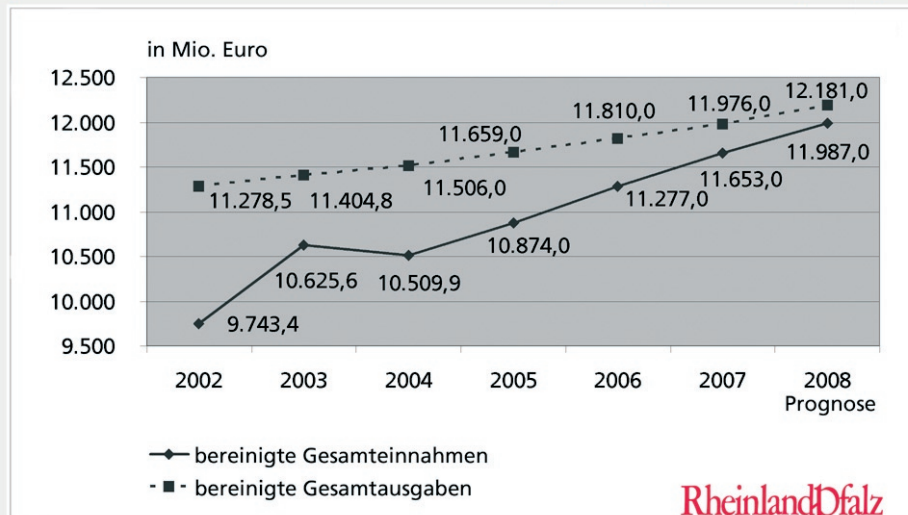
Jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerungen 1998-2002 im Ländervergleich



Quelle: Ministerium der Finanzen, Rheinland-Pfalz

Die Verringerung der Ausgaben erfolgte dabei nicht nach der Rasenmähermethode, sondern aufbauend auf einem wissenschaftlich begleiteten aufgabenkritischen Ansatz. Es wurde dort gespart, wo Einschnitte faktisch möglich und sachlich vertretbar waren. Inzwischen mussten die Einnahmeerwartungen nochmals nach unten korrigiert werden. Mit der Einbringung des Haushaltes 2004 wird dem Parlament nun eine neue Finanzplanung vorgelegt, die aufzeigt, dass bei den unterstellten vorsichtigen Annahmen zur Steuerentwicklung der Haushaltsausgleich bis 2008 fast möglich ist. Bei günstigem Wirtschaftswachstum und einer weiterhin konsequenten Konsolidierung auf der Ausgabenseite könnte der ausgeglichene Haushalt bereits 2008 erreicht werden.

Finanzplanung für die Jahre 2003-2008

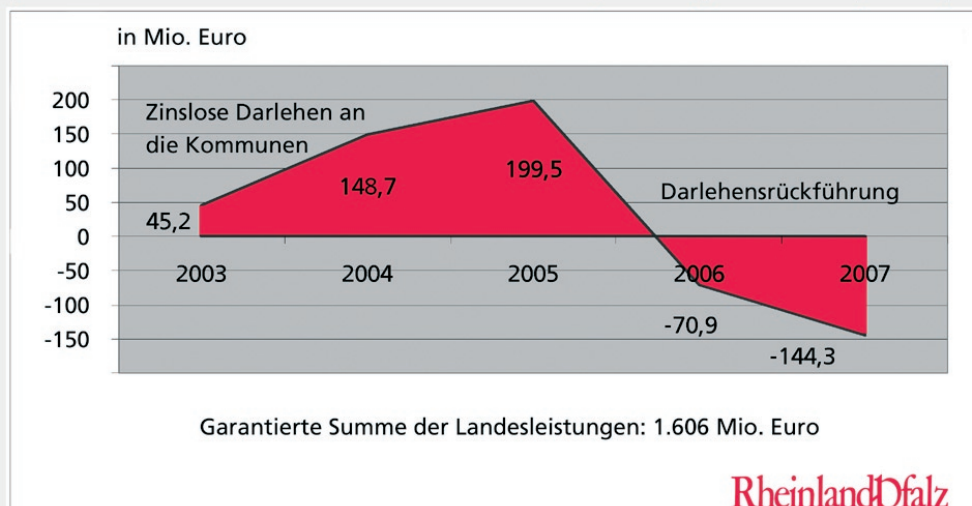


Stabilisierung der kommunalen Finanzen

Zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen und damit der insbesondere für Handwerk und Mittelstand wichtigen kommunalen Investitionen hat die Landesregierung seit 2001 kurzfristige Steuerausfälle nicht mehr an die Kommunen weitergereicht. Über den kommunalen Finanzausgleich sind die Kommunen mit rd. einem fünftel an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt und müssten eigentlich die Mindereinnahmen bei den Verbundsteuern entsprechend mit tragen. Durch entschiedenes Eingreifen der Landesregierung konnte dies in den Jahren 2001 und 2002 verhindert werden.

Seit 2003 wurde diese Politik mit dem Beistandspakt für die Kommunen auf mittlere Sicht verlängert und sogar regelgebunden abgesichert. Im Beistandspakt wurde den Kommunen auf hohem Niveau eine Mindestsumme an Finanzzuweisungen garantiert. Die Kommunen können darauf bauen, jedes Jahr mindestens 1,6 Mrd. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu erhalten. Damit wurde in Zeiten zurückgehender Steuereinnahmen eine der drei Hauptquellen kommunaler Einnahmen verstetigt. Neben der Verbundsatzgarantie trägt gerade diese in der Bundesrepublik einmalige rheinland-pfälzische Regelung dazu bei, die Kommunen investitionsfähig zu halten.

Darlehen des Landes an die Kommunen nach dem Beistandspakt



Quelle: Ministerium der Finanzen, Rheinland-Pfalz



Vorziehen der Steuerreform

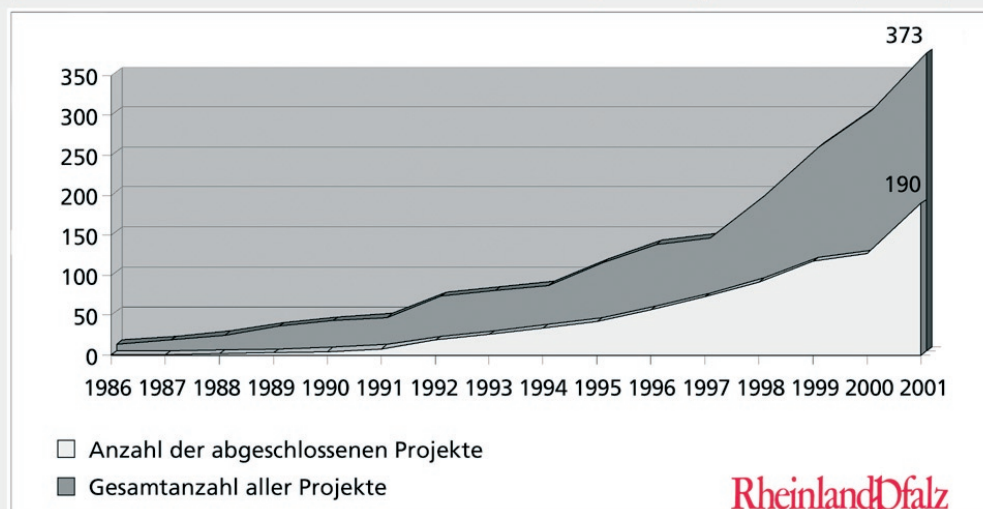
Nach drei Jahren der Stagnation zeigt sich, dass zur Stützung der sich abzeichnenden konjunkturellen Erholung ein zusätzlicher Impuls für die Investitionen und Nachfrage dringend erforderlich ist. Die Landesregierung hat sich daher schon früh dafür eingesetzt, die für 2005 terminierte dritte Stufe der Steuerreform 2000 bereits im Jahr 2004 wirksam werden zu lassen. Zusammen mit der ohnehin vorgesehenen zweiten Stufe der Steuerreform werden die Rheinland-Pfälzer dadurch im nächsten Jahr um insgesamt 1 Mrd. Euro entlastet.

5.2. Nachhaltiger Hochwasserschutz

Das Hochwasserschutzkonzept des Landes hat international Anerkennung gefunden und war Vorbild für den Hochwasseraktionsplan Rhein.

Die unter dem Stichwort „Aktion Blau“ wahrgenommenen Aufgaben und Programme für eine landesweite naturnahe Wiederherstellung der Gewässer ist und bleibt ein Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Gewässerschutzpolitik und wird in den Planungsprozess zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie integriert. Über die „Aktion Blau“ wurden mittlerweile über 1.000 Gewässer mit einer Gesamtlänge von über 4.000 km renaturiert; insgesamt gibt es rd. 15.000 km Gewässer in Rheinland-Pfalz. 247 Gewässerpflegpläne sowie rd. 400 Gewässerrückbauprojekte liegen vor. Hierzu kommt der Erwerb von rd. 740 ha Gewässerrandstreifen und die Maßnahmen in Land- und Forstwirtschaft, insbesondere das „Förderprogramm Umweltschonende Landwirtschaft“ (FUL) auf einer Fläche von über 100.000 ha.

Renaturierung: Gewässerrückbauprojekte im Langzeitverlauf



Im Rahmen des Hochwasserschutzes ist das Land eine Bauverpflichtung für Hochwasserrückhaltungen am Oberrhein (Polder) an neun Standorten mit einem Kostenvolumen von rund 150 Mio. Euro eingegangen. Bisher wurden mehr als 40 Mio. Euro investiert. Die Rückhaltungen sollen bis 2011 fertig gestellt sein. Parallel dazu erfolgt die Stabilisierung der Rheinhauptdeiche, die mit 150 Mio. Euro veranschlagt ist und bis 2010 abgeschlossen sein soll. Für den Deichausbau, den Bau der Schöpfwerke und örtlichen Hochwasserschutz am Oberrhein hat das Land Rheinland-Pfalz bisher rund 62 Mio. Euro investiert. Durch örtliche Hochwasserschutzmaßnahmen wird die Hochwassergefahr dort abgemindert, wo keine durchgehenden Deichsysteme möglich sind. Hier wurden Projekte mit Gesamtkosten von fast 60 Mio. Euro realisiert. Ziel all dieser Maßnahmen ist der wirksame Schutz vor einem extremen Hochwasser, auch wenn es statistisch nur alle 200 Jahre vorkommt.

Die Ende 2003 verabschiedete Novelle des Landeswassergesetzes verbessert die Instrumente für den Hochwasserschutz. Schäden in den Flussauen sollen künftig gemindert oder sogar verhindert werden. In Überschwemmungsgebieten gibt es keine Ausweisung neuer Baugebiete. Eine Ausnahme erfolgt nur, wenn keine andere Möglichkeit der Siedlungsentwicklung besteht und die Belange des Hochwasserschutzes, insbesondere der Schutz der Ober- und Unterlieger, sichergestellt sind. Parallel dazu hat die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Elementarschadensversicherung gestartet.

5.3. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Nachdem in der Vergangenheit eine flächendeckende Ausstattung der Wasserversorgungsanlagen erreicht werden konnte, hat sich die Landesregierung auf die finanzielle Förderung der Erstausrüstung von Abwasseranlagen im ländlichen Raum konzentriert. Nunmehr sind 98,5% der Einwohner an die Kanalisation und nahezu 98 % an kommunale Abwasserbehandlungsanlagen angeschlossen.

5.4. Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Breiten Raum nahmen die Bekämpfung von Tierseuchen, insbesondere der Klassischen Schweinepest, und die Bewältigung von Krisen im Lebensmittelbereich ein.

Durch gezielte Bekämpfungsmaßnahmen bei Wildschweinen soll ein Übergreifen der Schweinepest auf Hausschweinbestände verhindert und damit wirtschaftlicher Schaden von den Landwirten abgehalten werden. In der Region Eifel wurde im Februar 2002 mit der Impfung der Wildschweine begonnen, die sehr Erfolg versprechend angelaufen ist. Die Zahl der Seuchenfälle bei Wildschweinen sank hier von 250 in 2002 auf nur noch drei im ersten Halbjahr 2003. Aufgrund der guten Erfolge in der Eifel werden seit Februar 2003 auch die Wildschweine in der Region Pfalz mit ähnlichem Erfolg geimpft.

5.5. Landesforsten

Der Ministerrat hat Ende 2002 die Konzeption „Landesforsten: zukunftsfähige Strukturen“ beschlossen. Kernpunkt der umfassenden Neuordnung ist eine stärkere Kundenorientierung und der vermehrte Einsatz von revier- und forstamtsübergreifenden Spezialisten. Die flächenbezogenen Strukturen der Forstämter und Forstreviere (Gemeinschaftsforstamt) bleiben erhalten. Zugleich wird jedoch die Anzahl der Forstämter von 88 auf 45 zum 1. Januar 2004 reduziert. Die Reform schreitet zügig voran. Am 1. Januar 2004 werden die Mitarbeiter in den neuen Forstämtern ihre Arbeit aufnehmen. Mit der weiteren Entwicklung der internen Arbeitsprozesse sowie der Neuorganisation auf Forstrevierebene in den Forstämtern mit hohem Staatswaldanteil wird die Reform voraussichtlich 2004 zum Abschluss gebracht werden können. Die Umsetzung des Konzeptes ermöglicht bis 2010 insgesamt Einsparungen von 27 Mio. Euro an Personal- und Sachkosten. Die langfristigen jährlichen Einsparungen ab 2010 werden auf 6,5 Mio. Euro geschätzt. Das hierin enthaltene nachhaltige jährliche Einsparvolumen im Personalbereich liegt bei 5,9 Mio. Euro.

5.6. Emissionshandel

Zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls hat die EU-Kommission eine Richtlinie zur Einführung des Emissionshandels für Treibhausgasemissionsberechtigungen ausgearbeitet. Die Landesregierung hat sich frühzeitig und eingehend mit der Frage der Gestaltung des Emissionshandels wegen dessen Bedeutung für die Wirtschaft und die Verwaltung in Rheinland-Pfalz auseinandergesetzt. Sie sprach sich bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung für eine Organisation des Emissionshandels auf Staatenebene aus.

In engem und regelmäßigem Kontakt mit der Wirtschaft und den Arbeitnehmervertretungen wurden die Auswirkungen dieses Modells auf den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstandort und auf die Arbeitsplätze analysiert. Die sich daraus ergebenden Anregungen und Verbesserungsvorschläge wurden über den Bundesrat, über direkte Kontakte zur Bundesregierung, zur EU-Kommission und über das Europäische Parlament in die Diskussion eingebracht. Das Emissionshandelssystem wurde schließlich soweit modifiziert, dass es praktisch durchführbar erscheint, wenn auch nicht alle offenen Fragen und Risiken für den Wirtschaftsstandort ausgeräumt werden konnten.

Parallel dazu hat die Landesregierung bei den Unternehmen eine Erhebung der relevanten Daten der Klimagasemissionen begonnen. Die Landesregierung wird - wie bisher auch - die betroffenen Unternehmen beraten und sich für eine bedarfsgerechte Zuteilung von Emissionsberechtigungen einsetzen. Mit ihrem bereits Ende der 90er Jahre gestarteten und noch weiter andauerndem Projekt „Effiziente Energienutzung in Industrieanlagen“ (www.energie-industrie.de) verfügt die Landesregierung über eine umfangreiche, wissenschaftlich begleitete Dokumentation betrieblicher Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Klimaschutz, die bei der anstehenden Diskussion um die Anerkennung von Vorleistungen im Rahmen des Emissionshandelssystems gute Dienste leisten kann.

5.7. Sicherheit im Umgang mit Chemikalien

Das von der Europäischen Kommission am 3. Februar 2001 vorgelegte Weißbuch über die Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik ist im Interesse sowohl der Industrie als auch des Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzes in seinen wesentlichen Ansätzen zu befürworten. Wichtigstes Ziel der Chemikalienpolitik ist es, die Sicherheit im Umgang mit Chemikalien zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung des Weißbuches ist es wichtig, die richtige Balance von Aufwand und Ertrag zu finden. Um die Interessen des Landes zu diesem Thema zu vertreten, wurden mannigfaltige Aktivitäten durchgeführt, so z.B. in der Landesvertretung in Brüssel.

Im Mai 2003 hat EU-Umweltkommissarin Wallström die Landesregierung zum Zweck eines Meinungsaustausches zur Chemikalienpolitik besucht.

In den seit Oktober 2003 vorliegenden Entwurf einer Verordnung zur europäischen Chemikalienpolitik wurden grundlegende Änderungswünsche der Landesregierung aufgenommen. Im Hinblick auf die Bedeutung der Chemiebranche für das Land Rheinland-Pfalz wird auch zukünftig die europäische Chemikalienpolitik eine besondere Priorität innehaben.

5.8. Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich

Die RWE Power AG hat im September 2003 die 1991 erhobene Schadensersatzklage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen der Erteilung der rechtswidrigen 1. Teilgenehmigung von 1975 für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich zurückgenommen. Ein finanzielles Risiko in Milliardenhöhe für das Land ist so ein für alle Mal abgewendet. Damit fand der wohl größte Zivilprozess in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein Ende und der letzte Baustein des Atomkonsenses ist umgesetzt.

Es war der Erfolg der Landesregierung, dass das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich in den Atomkonsens aufgenommen wurde, in dem sich RWE verpflichtet hatte, „den Genehmigungsantrag für das KKW Mülheim-Kärlich zurückzuziehen. Gleichfalls war es der Erfolg der Landesregierung, dass das Unternehmen die Klage auf Schadensersatz gegen das Land Rheinland-Pfalz zurück nimmt.“ Das Unternehmen war zuerst – wegen der damit verbundenen Kostenfolgen - nicht zur Rücknahme der Schadensersatzklage bereit.

Am 12. Juni 2001 hat die RWE Power AG beim Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz den Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für die Stilllegung und den ersten Abbauschritt für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich gestellt. Mit dem Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich wird zum ersten Mal in Deutschland ein Reaktor von 1.300 Megawatt abgerissen. Oberstes Ziel ist hierbei der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt.

6. Internationale Beziehungen

Die internationalen Beziehungen des Landes Rheinland-Pfalz haben sich in den zurückliegenden Jahren dynamisch weiterentwickelt. Rheinland-Pfalz ist heute mehr denn je in ein weit verzweigtes Geflecht internationaler Beziehungen eingebunden. Die Ebene des staatlichen und politischen Handelns wird von einer Vielzahl wirtschaftlicher, kultureller, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Kontakte und Verbindungen getragen und ergänzt.

Mit dem systematischen Ausbau und der Pflege partnerschaftlicher und nachbarschaftlicher Beziehungen entspricht Rheinland-Pfalz dem selbst gesetzten Ziel aus der Regierungserklärung vom 21. Mai 2001, wonach „gerade Rheinland-Pfalz mit seiner Lage mitten in Europa und vor dem Hintergrund einer engen, historisch gewachsenen Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn ‚besonders aufgerufen‘ ist (...) an einer friedlichen Zukunft in Europa im Interesse aller mitzuarbeiten.“

Rheinland-Pfalz – als traditionelle europäische Kernregion – setzt damit auch in den Jahren, in denen die Weichen für die Erweiterung der Europäischen Union gestellt worden sind, ein Zeichen der praktischen Zusammenarbeit über alle noch bestehenden Grenzen hinweg und übernimmt international Verantwortung im Geiste guter Nachbarschaft.

6.1. Interessenvertretung in Brüssel und Straßburg

Die Vertretung des Landes beim Bund und der Europäischen Union übernimmt in Berlin und Brüssel eine wichtige Schaufensterfunktion für Rheinland-Pfalz. Sie vertritt zudem die Interessen des Landes gegenüber der Europäischen Union, wenn es um Gesetzgebungsvorhaben mit Bezug zum Land und um EU-Fördermittel geht, von denen Rheinland-Pfalz in erheblichem Umfang (ca. 85 Mio. Euro jährlich) profitiert. Schwerpunktmäßig verteilen sich diese Fördermittel auf die ländlichen Räume, die Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung und auf Projekte, die aus den großen Gemeinschaftsinitiativen INTERREG, LEADER sowie URBAN unterstützt werden.

Die Europäische Union bereitet sich derzeit auf die künftige Ausrichtung ihrer Strukturförderung nach 2006 vor. Zehn mittel-, ost- und südosteuropäische Staaten werden am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitreten. Rheinland-Pfalz begrüßt diesen Schritt. Er sichert den Frieden auf unserem Kontinent und entspricht unserer Vorstellung von partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. Zugleich dürfen die weiter reichenden Ziele der europäischen Einigung durch das Hinzukommen einer Vielzahl weiterer Staaten nicht aus den Augen verloren werden.

Rheinland-Pfalz unterstützt solidarisch die notwendige Förderung der strukturschwachen Regionen in den Beitrittsstaaten. Doch muss die EU in ihrer Förderpolitik auch in den wirtschaftsstärkeren Gebieten präsent bleiben. Die Landesregierung tritt dafür ein, dass der ländliche Raum auch in der Förderperiode nach 2006 ein Förderschwerpunkt bleibt. Weiterhin unterstützt das Land die Beibehaltung der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen des INTERREG-Programms.

Die Landesvertretung organisiert den Dialog zwischen Mitgliedern der Landesregierung, Mitgliedern der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Parlaments in Brüssel, Straßburg und im Land zu landesspezifischen Anliegen etwa der Chemikalienpolitik, der Medienpolitik, dem Umweltschutz und der inneren Sicherheit. So hat am 14./15. Oktober 2003 Minis-

terpräsident Kurt Beck in Brüssel mit den EU-Kommissaren Mario Monti, Günter Verheugen und Viviane Redding Gespräche u.a. zur Daseinsvorsorge, zur EU-Chemikalienverordnung, zu den Auswirkungen der bevorstehenden EU-Erweiterung sowie zur Medienpolitik geführt.

Ein weiteres Instrument rheinland-pfälzischer Interessenvertretung in Europa ist die Mitgliedschaft im Ausschuss der Regionen. Seit seiner Gründung wirkt das Land in dieser beratenden Institution der Europäischen Union mit. In der Mandatsperiode 2002 bis 2006 vertritt der Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär, das Land. Sein Stellvertreter ist der Landtagsabgeordnete Dr. Dieter Schiffmann. In der Arbeit der rheinland-pfälzischen AdR-Mitglieder werden Schwerpunkte bei der Regionalpolitik sowie in den Bereichen Bildung und Medien gesetzt. Während des Vorsitzes von Rheinland-Pfalz in der Europaministerkonferenz (Juli 2003 bis Juli 2004) ist der Bevollmächtigte des Landes auch der Vorsitzende der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen.

6.2. Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittsländern

Durch Besuche in EU-Beitrittsländern hat das Land frühzeitig sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit den zukünftigen EU-Mitgliedsstaaten deutlich gemacht.

Am 14. und 15. Februar 2003 reiste Ministerpräsident Kurt Beck in die Republik Polen und besuchte Warschau und Krakau. Anlass dieser Reise war die Eröffnungsfeier der „Schule des deutschen Rechts“ in Krakau. In Warschau fand u.a. ein Treffen mit Staatspräsident Kwasniewski statt.

Vom 2. bis 5. Juli 2003 besuchte Ministerpräsident Kurt Beck Tschechien und Ungarn. In den Gesprächen mit dem tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus sowie Premierminister Vladimir und weiteren Fachministern wurden vor allem Fragen der Zusammenarbeit im Zuge des EU-Beitritts von Tschechien erörtert.

Beim Treffen mit Außenminister Lázló Kovács und Staatspräsident Ferenc Mádl im Rahmen des Ungarnbesuches standen der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sowie Fragen des Kulturaustauschs, des Tourismus, der Zusammenarbeit der Hochschulen und der kommunalen Partnerschaften im Vordergrund.

Neben zahlreichen Wirtschaftsdelegationsreisen in die Beitrittsländer hat die Landesregierung verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, um einen intensiven Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und das Netzwerk zwischen potentiellen Partnern zu fördern.

Das Baltische Informationsbüro auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn, das schon seit Jahren erfolgreich als Kontaktstelle für die baltischen Länder besteht, soll erweitert und in ein Osteuropazentrum umgewandelt werden.

6.3. Bevollmächtigter für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit

Mit der Übernahme des Amtes als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für die kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich vom 1. Januar 1999 bis zum Dezember 2002 wurde der Ministerpräsident direkter Ansprechpartner der Bundesrepublik Deutschland für die französischen Erziehungs- und Kulturminister. In dieser Funktion setzte er sich insbesondere für den kulturellen Austausch sowie die Förderung der beiden Partnersprachen im allgemein bil-

denden Schulwesen und der beruflichen Bildung ein und konnte am 30. Juli 2002 in Schwerin gemeinsam mit Außenminister Fischer das Abkommen über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur unterzeichnen.

6.4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Für Rheinland-Pfalz hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn in Belgien, Luxemburg und Frankreich sowie der Schweiz traditioneller Weise eine besondere Bedeutung. Ziel der Landesregierung ist es, die Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens sowie den deutsch-französisch-schweizerischen Oberrhein zu einer europäischen Modellregion fortzuentwickeln.

Seit Mai 2001 hat die Landesregierung die nachbarschaftliche Kooperation mit Belgien, Luxemburg und Frankreich, aber auch mit der Schweiz weiterhin auf vielen Ebenen und in zahlreichen Bereichen intensiviert.

Großregion

Im November 2001 fand der 6. Gipfel der Großregion im luxemburgischen Bad Mondorf und im Juni 2003 der 7. Gipfel in Saarbrücken statt. Das Thema des 6. Gipfels, „Kleine und mittlere Unternehmen“, wurde mit rheinland-pfälzischen Beiträgen entscheidend vorangebracht. Auch zum 7. Gipfel hat Rheinland-Pfalz zum Thema „Bildung und Forschung“ und „bürgernahe Kooperationen“ weiterführende Ideen vorgelegt. Diese institutionalisierte Zusammenarbeit wurde durch bilaterale Projekte ergänzt:

Beim Naturpark Pfälzerwald und Nordvogesen wurde im Februar 2002 die UNESCO-Urkunde für das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald/Nordvogesen ausgetauscht.

Zur Reaktivierung der grenzüberschreitenden Schienenverbindung zwischen Wörth und Lauterburg wurde im März 2002 eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Im Dezember 2002 konnte dann die Strecke Wörth-Lauterburg reaktiviert werden.

Nachdem mit der Akademie Nancy-Metz und dem Wissenschaftsministerium eine bilaterale Vereinbarung zur Intensivierung der Zusammenarbeit im schulischen Bereich unterzeichnet wurde, liegt jetzt seit März 2003 eine entsprechende Vereinbarung zum deutsch-französischen Kindergarten im lothringischen Liederschiedt an der südwestpfälzischen Grenze vor.

Oberrhein

Im Rahmen der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz hat das Land mit dem „Raumordnerischen Orientierungsrahmen für das Oberrheingebiet“ wichtige Vorarbeiten geleistet und sich für die Förderung der Mehrsprachigkeit eingesetzt.

PAMINA

Im Herbst 2001 konnte das „Jugendprogramm PAMINA“ mit 15 konkreten deutsch-französischen Projekten abgeschlossen werden. Im Juli 2003 wurde das „PAMINA-Jugendnetzwerk“ im Rahmen von INTERREG III ebenfalls mit EU-Förderung auf den Weg gebracht. Damit sind wegweisende Schritte getan, um dem Ziel eines „Oberrheinischen Jugendparlamentes“ näher zu kommen.

Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

Im Rahmen der Regionalkommission Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz wurde ein gemeinsamer Praktikantenaustausch mit wechselnden Aufenthalten im Saarland, in Luxemburg, in Lothringen sowie in Rheinland-Pfalz vereinbart, ein Preis für besondere Aktivitäten im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgelobt, 2002 ein interregionaler, touristisch ausgerichteter „Bahnfahrplan 2002“ herausgegeben und eine interregionale Jugendcharta abgeschlossen.

6.5. Partnerschaften

Die Partnerschaften des Landes zu pflegen, weiterzuentwickeln und zu vertiefen hatte sich die Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode zum Ziel gesetzt. Neben zwei großen Jubiläen und einer Reihe weiterführender Vereinbarungen haben die Vielzahl der Kontakte und gemeinsamen Projekte die Lebendigkeit der internationalen Beziehungen des Landes dokumentiert.

Burgund

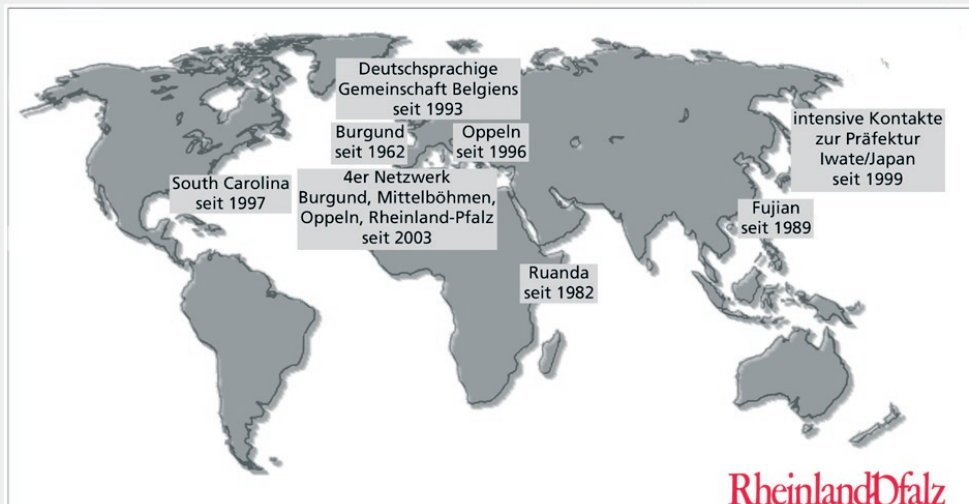
Im Jahr 2002 konnten die Rheinland-Pfälzer und ihre Partner aus Burgund das 40-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft feiern. Im Rahmen eines Festaktes am 21. Juni 2002 in Dijon und am 29. September 2002 in Mainz würdigte Ministerpräsident Kurt Beck die engagierte Partnerschaftsarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund. Gerade im Jubiläumsjahr spiegelten zahlreiche Aktivitäten die Vielfalt der Beziehungen zwischen Städten, Gemeinden, Schulen, Hochschulen, Sportvereinen und Sportverbänden wider. Die „Gemeinsame Erklärung zur Kooperation zwischen der Region Burgund und dem Land Rheinland-Pfalz“, die am 21.5.2002 unterzeichnet wurde, unterstreicht den erklärten Willen der beiden Regionen, diese freundschaftlichen Beziehungen sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen noch weiter auszubauen und zu verstärken. Zur Anerkennung wurde der Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Burgund die höchste Auszeichnung im Bereich der deutsch-französischen Beziehungen, die Adenauer-de Gaulle Medaille, verliehen.

Oppeln

Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft Oppeln ist es in vorbildlicher Weise gelungen, der partnerschaftlichen Verbindung neue Impulse zu geben und durch offizielle Freundschaftserklärungen Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Kontakte sowie private Freundschaftsinitiativen weiter entwickeln konnten. Gut fünf Jahre nach der Formalisierung der Partnerschaft unterzeichneten am 11. September 2001 sowohl der Ministerpräsident zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft Oppeln als auch der Landtagspräsident zwischen dem Landtag Rheinland-Pfalz und dem Sejmik der Woiwodschaft Oppeln eine „Gemeinsame Erklärung“.

Bei seinem Besuch in Oppeln am 14. Oktober 2002 konnte der Ministerpräsident die ihm verliehene Ehrenbürgerschaft entgegennehmen.

Internationale Partnerschaften des Landes Rheinland-Pfalz



Quelle: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

4-er Netzwerk der Regionalpartner

Mit der Verknüpfung der jeweiligen bilateralen Partnerschaften zwischen den Regionen Burgund und Mittelböhmen sowie Oppeln und Rheinland-Pfalz wurde eine für die Erweiterung der Europäischen Union beispielhafte Verbindung zwischen den Gebietskörperschaften eingegangen. Am 21. Mai 2003 unterzeichneten der Ministerpräsident die Gemeinsame Erklärung „4-er Netzwerk der Regionalpartner“ und der Landtagspräsident die „Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit“ mit ihren jeweiligen Partnern aus Frankreich, Polen und Tschechien.

Ruanda

Im Jahr 2002 feierten Rheinland-Pfalz und Ruanda das 20-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft. Äußeres Zeichen der engen Verbundenheit war der Besuch von Staatspräsident Kagame in Rheinland-Pfalz vom 28. April bis 4. Mai 2002 sowie die Reise des Ministerpräsidenten und des Innenministers im Juli 2002 nach Ruanda.

Im Rahmen von über 1.150 Projekten leistete Rheinland-Pfalz im Partnerland Ruanda Hilfe zur Selbsthilfe. Neben diesem fortgesetzten Engagement unterstützt Rheinland-Pfalz vor allem den Demokratisierungsprozess in Ruanda – beispielsweise bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2001, des Verfassungsreferendums 2003 sowie der Präsidentschaftswahlen 2003.

In Würdigung der besonderen Beziehungen wurde im Rahmen eines Festaktes in Mainz am 3. Mai 2002 eine „Vereinbarung zur Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit“ unterzeichnet.

South Carolina

Transatlantische Konferenzen, regelmäßige Delegationsbesuche und die Begegnung von Vertretern aus Städten und Gemeinden sind inzwischen zum festen Bestandteil der Partnerschaft mit South Carolina geworden. Neben Verwaltungskontakten konnten Kooperationen auf so unterschiedlichen Gebieten wie Wirtschaft, Technologie, Telekommunikation, Tourismus, Umwelt, Sport und bürgerschaftliches Engagement etabliert werden. In jüngster Zeit steht insbesondere der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Der gemeinsame zweisprachige Internetauftritt der transatlantischen Partner: www.transatlantic-partners.de bzw. www.transatlantic-partners.com ist auf dem Weg zu einer wichtigen Informationsdrehscheibe für alle an der Partnerschaft Interessierten zu werden.

Fujian/VR China

Die Partnerschaft zur südchinesischen Provinz Fujian wird im Jahre 2004 auf ihr 15-jähriges Bestehen zurückblicken. Geprägt von zahlreichen Begegnungen im wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich sowie von einer engen Zusammenarbeit im Umweltschutz hat sich diese Partnerschaft zu einem festen Bestandteil der Außenbeziehungen des Landes entwickelt. Insbesondere im Bereich Wirtschaft und Handel wurde die Zusammenarbeit durch die im Juni 2002 geschlossene „Vereinbarung zur Gründung eines Kooperationskomitees“ vorangetrieben.

Iwate/Japan

Iwate hat an der Rheinland-Pfalz-Ausstellung 2002 sowie an der Landesgartenschau 2000 in Kaiserslautern teilgenommen.

Auf einer Wirtschaftsdelegationsreise im November 2002 unter Leitung von Wirtschaftsminister Bauckhage wurde mit den Vertretern der japanischen Präfektur Iwate eine engere Zusammenarbeit im Technologiebereich sowie mit den rheinland-pfälzischen Forschungseinrichtungen der Landwirtschaft vereinbart.

6.6. Internationale Projekte

Eine Schule für Gölcük

Nach dem Erdbeben am 17. August 1999 initiierte Ministerpräsident Beck die Spendenaktion „Familien helfen Familien“ zugunsten der Opfer in der Türkei. Eine Spendensumme von rund 465.000 Euro setzte ein deutliches Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen in der Erdbebenregion. Die gespendeten Gelder wurden für den Wiederaufbau einer Grund- und Hauptschule für 250 Schüler in der vom Erdbeben besonders stark betroffenen Region Gölcük verwendet. Die „Rheinland-Pfalz-Schule“ wurde am 22. September 2002 eröffnet.

Givat Haviva

Der hohe Stellenwert, den das Land Rheinland-Pfalz dem angestrebten Friedensprozess im Nahen Osten seit Jahren beimisst, findet seinen besonderen Ausdruck u. a. in der Förderung der Einrichtung Givat Haviva, die seit 1994 eine bedeutsame finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln erfährt. Givat Haviva ist die älteste und größte Institution und Organisation, die sich in Israel für das jüdisch-arabische Verständnis einsetzt, den kulturellen und religiösen Pluralismus fördert und für demokratische Werte und Frieden wirbt.

7. Ausblick

Die Bilanz der Initiativen und Maßnahmen, die die Landesregierung in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode angestoßen und fortgeführt hat, belegt: Wir haben Wort gehalten. Die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz können auch weiterhin auf die Verlässlichkeit der Landesregierung bauen.

In einer Zeit des allgemeinen Umbruchs und Umdenkens hat die Landespolitik ihre klare Linie behalten. Wir analysieren sorgfältig und planen danach, sprechen ausführlich mit den Bürgerinnen und Bürgern, suchen nach Gemeinsamkeiten, um dann entschlossen und konsequent zu handeln: Nach diesen Grundsätzen wird die Landesregierung auch weiterhin ihre Politik mit den Bürgern und für die Bürger voranbringen.

Die zurückliegenden Jahre haben deutlich gemacht, dass sich hinter den vielen Einzelmaßnahmen neue Herausforderungen und Zusammenhänge für eine verantwortungsvolle Politik offenbaren, die auch in dem Handeln der Landesregierung in den vor uns liegenden Jahren ihren Ausdruck finden werden. Drei dieser neuen Herausforderungen seien hier genannt:

Zunächst haben die Erfahrungen des hinter uns liegenden Jahrzehnts gezeigt, dass es immer wichtiger wird, den verengten Blick auf einzelne Maßnahmen durch eine breitere Perspektive und durch das politische Bewusstsein für umfassende Zusammenhänge zu ersetzen. Immer mehr politische Herausforderungen - von der Frage nach der Zukunft der Bildung bis hin zur Frage nach künftigen Entwicklungspotenzialen unserer Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse - erfordern das Zusammenwirken vieler politischer Entscheidungsträger in der Landesregierung, in den Fraktionen des Landtags, aber auch im gesellschaftlichen Umfeld. Das vertrauensvolle Verhältnis zwischen den Partnern in der Landesregierung, das sich über die Jahre auf allen Feldern entwickelt hat, ist über die einzelnen Maßnahmen hinaus zu einem bedeutsamen strategischen und politischen Kapital geworden, das sich zum Wohle unseres Landes einsetzen lässt.

Immer deutlicher zeichnet sich zum zweiten ab, dass für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung auch von Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahrzehnten der demographische Wandel, der in seinen ersten Umrissen schon heute erkennbar wird, neues Denken und neues Handeln von uns allen erfordern wird. Die drei beherrschenden Elemente dieses demographischen Wandels sind der Rückgang der Geburten, die deutliche Zunahme der älteren Menschen an der Bevölkerung und die Notwendigkeit einer gesteuerten Zuwanderung. In ihrem Zusammenwirken schaffen diese drei Elemente die Notwendigkeit, viele Politikfelder zu durchdenken und rechtzeitig dafür zu sorgen, dass der demographische Wandel nicht als Bedrohung empfunden wird, sondern als Chance zu einer phantasievollen und konstruktiven Erneuerung unseres Gemeinwesens, vor allem im kommunalen und regionalen Bereich.

Zum Dritten ist unser Staat auf allen Ebenen immer stärker auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Sie wollen und sollen mitmachen und mitentscheiden, durch aktives Zutun unsere Gesellschaft mitgestalten.

Die Landesregierung hat sich stets und konsequent zu einer Politik des Dialogs mit den Menschen, zur Suche nach gemeinsamen Lösungen im Kreis der Bürgerinnen und Bürger bekannt. Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, diesen lebendigen Austausch zum Wohl unseres schönen Landes Rheinland-Pfalz zu gestalten.



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Halbzeitbilanz der Landesregierung Rheinland-Pfalz

2001–2003

Herausgeber:

Presse- und Informationsstelle
der Landesregierung Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Gestaltung:

Institut für Mediengestaltung
Fachhochschule Mainz
Wallstraße 11
55122 Mainz

Druck:

Oppenheimer Druckhaus
Am Wartberg
55232 Alzey

Auflage: 9.500

November 2003